

# Die Stimme

## Verbandsorgan der Porzellan- und verwandten Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands

Der Bezugspreis der „Stimme“ beträgt für In- u. Auslands-  
bezieher 1 Goldmark monatlich  
Redakt., Exped. u. Verl.: Charlottenburg, Traße 10 (Neubau).  
• Fernrufnummern: Berlin Amt Wilhelm 4952 und 8849. •

Immer strebe zum Ganzen und laß dich nicht vom Ganzen trennen  
••••• Als dienendes Glied schließ an ein Ganzes dich an •••••

Inserate: Die 6spalt. Petitzeile wird mit 0,20 Goldmark für  
Geschäfts- und mit 0,10 Goldmark für Arbeitsmarktanzeigen  
berechnet. Für arbeitsuchende Mitgl. ist der Arbeitsmarkt frei.  
Postfachkonto: 9308 Berlin, W. Herden, Charlottenburg.

### Frohlocken der schlesischen Machthaber in der feinkeramischen Industrie.

Brief eines schlesischen Unternehmers an seinen Freund.

Waldenburg, den 30. Juli 1924.

Mein lieber A.!

Unsere Partie steht geradezu glänzend. Daß wir Zug um  
Zug so seine Chancen erlangen würden, hätte ich nicht für  
möglich gehalten.

Die Regierungen stellen genehmigen uns ahnungslos jede be-  
antragte Betriebsstilllegung. Unsere Gründe von der Kreditnot,  
vom Nicht-mehr-können, werden bedingungslos anerkannt. Wenn  
die Herren wüßten, was es damit auf sich hat, würden sie viel-  
leicht etwas weniger Entgegenkommen zeigen; aber helfen würde  
es ihnen ja auch nichts. Aber sie sind wirklich völlig ahnungs-  
los. Sie geben z. B. ohne Bedenken ihre Einwilligung zur  
Stilllegung des Betriebes in S., der gar nicht ernstlich daran  
denkt, zugumachen, und sogar gegenwärtig noch Leute sucht, weil  
er noch gute Aufträge zu erledigen hat.

Bei mir gingen die Stilllegungsverhandlungen ganz glatt.  
Die Einwände der Arbeitervertreter sind ja ganz zwecklos  
und haben keinerlei Wert. Die Entschcheidung wird dadurch in gar  
keiner Weise beeinflusst.

Wenn ja die Leute und die Öffentlichkeit müßten, was es  
mit der Kreditnot, dem Geldmangel und dem Nicht-mehr-können  
bei uns feinkeramischen Unternehmern auf sich hat, hätten wir  
etwas kräftigeren Widerstand zu erwarten; aber so ist es be-  
langlos.

Ich werde mich z. B. so einrichten: Wenn die Leute nicht  
billiger und länger arbeiten wollen, fliegen sie rücksichtslos auf  
die Straße. Ich habe in den letzten Wochen noch genügend Auf-  
träge erledigen können und habe in den nächsten Tagen stetigen  
Geldzufluß zu erwarten. Also ein Mangel an Mitteln kann  
nicht eintreten.

Im Verlauf der letzten Monate habe ich ja gut gewirt-  
schaftet. Da ich nur nach den Vereinigten Staaten sichere, be-  
kam ich zu meinen sicheren Aufträgen die Inflationsschuld  
(New-York und Amsterdam) noch ein hübsches Stückchen dazu.  
Das andere, was ich aus Geschäfts- und Staatsrückfällen nach  
Deutschland unbedingte hereinnehmen mußte, gegenwärtig meine  
Bank zum überwiegenden Teil zu Verleihgeschäften, mit deren  
Ertrag der Betrieb unter Verwertung der vorhandenen „Wert-  
papiere“ (habe z. B. noch 50 kg Poliergold u. a. zur Verwen-  
dung) sehr gut aufrecht erhalten werden kann. Zur Auffüllung  
der Rohmaterialien- und Kohlenlager genügt der nicht verliche-  
ne Teil der hereingenommenen Summen reichlich.

An Lohngebern benötige ich gegenwärtig für 500 Beschäftig-  
te 7000 Mk. wöchentlich, was einer Bagatelle gleichkommt,  
da ich allein 30 000 Mk. Monatszinsen erhalte. Außerdem  
nahm ich kürzlich wieder 1. Hypothek auf einige Häuser auf,  
was ebenfalls ein großartiges Geschäft war. Also Mittel hätte  
ich und Wege wüßte ich, um noch ganz andere Betriebe in Gang  
zu halten. Aber es ist ja nicht nötig. Die leichtere und erträg-  
lichere Geschäftsverhältnisse sind uns ausgenutzt worden, solange  
sie sich bieten; daran las ich mich durch kein Gesetz und durch keinen  
Vertrag hindern.

Eine günstigere Gelegenheit, die Arbeiterlöhne wieder zu  
senken und die Betriebe zu „reinigen“, könnten wir gar nicht  
haben. Besser hätte es gar nicht kommen können. Wir haben  
ja so schöne Trümpfe in der Hand, die Arbeiterlöhne unserer  
Wünsche gefügig zu machen, daß wir Toren genannt werden  
müßten, wenn wir nicht so handeln würden. Was kümmert uns  
dann das hübsche Geschrei, wir brächen den Vertrag. Das ist  
doch selbstverständlich, daß wir uns in dieser willkommenen  
Situation nicht an Klauseln gebunden fühlen können. Der Ar-  
beiterlöhne konnte man 1919 so sentimentale Regungen schon zu-  
trauen, als sie uns schlesischen Unternehmern feinerzeit entge-  
genkam und auf Grund eines Vertragsabschlusses auf ihre  
höheren Betriebslöhne verzichtete. So vertragslustig können  
wir als Unternehmer natürlich nicht sein, trotzdem wir dies  
genau, vielleicht noch besser wie die bayerischen, thüringischen,  
schlesischen und mitteldeutschen Unternehmer könnten; denn wir  
haben infolge der größeren Frauertätigkeit niedrigere Lohn-  
konten wie jene.

Zum Schein haben wir uns selbstverständlich von unserer  
Organisation abgemeldet; denn die kann öffentlich unser Ver-  
halten nicht billigen; im stillen freut sie sich doch, wenn es uns  
gelingt, auf Grund unserer Macht das sogenannte Recht bei-  
seite zu schieben. Gott, was heißt Gesetz und Recht; beide sind  
doch da, damit sie übertreten werden; so etwas kann doch aber  
nur für Waisenkinder gelten. Wir können uns doch nicht bei unserem  
Verdienen von Paragraphen unser Handeln beeinträchtigen  
lassen. Das wäre denn doch zuviel verlangt. Die Freizügigkeit  
lassen wir uns nicht nehmen.

Ich sehe nicht ein, weshalb wir unseren Arbeitern mehr  
Lohn zahlen sollen wie andere schlesische Arbeitgeber. Unsere  
Leute müssen genau so billig arbeiten, sonst treiben wir sie durch  
Drohung dazu. Lange genug haben wir schon versucht, sie in  
Bande von unserer schwierigen Lage zu überzeugen. Sie stellen  
sich jedoch noch bockbeinig. Wenn sie nicht nachgeben wollen,  
werden einfach die Betriebe einige Wochen geschlossen. Unsere  
etlicher Aufträge erledigen die anderen Konzernwerke mit, und  
die anderen laufen uns nicht weg. Den Einnahmehausfall brün-  
gen wir schon wieder herein, und wenn das nicht ganz möglich  
sein sollte, dann habe ich ja noch einen großen moralischen  
Sieg über die Arbeiterlöhne. Wir werden aller-  
dingen ledig, bringen die Arbeiterlöhne noch mehr untereinan-  
der, setzen ihre neuerlichen Organisationsbestrebungen und  
bekommen damit so viele Trümpfe in die Hand, wie seit langem  
nicht. Die Aktion bringt also noch höhere Zinsen wie meine  
Leihgeschäfte. Haben wir dann einmal die jährliche Arbeiter-  
löhne gedrückt, geht es in den anderen Bezirken um so schneller  
mit der Säuberungsaktion. So muß gearbeitet werden.

Ich glaube, daß wir schon in 14 Tagen die willfährigen  
Teile der Arbeiterschaft auf unserer Seite haben werden, da  
sie auf Arbeit und Brot angewiesen sind, und soweit vermögen

sie doch nicht zu übersehen, wie fein wir heraus sind trotz  
unseres Klagens.

Man muß eben verstehen, die Geschichte zu beidheln.

Verne darauf!

Dein Freund A., Direktor.

Wenn auch der Brief nicht echt ist, so spiegelt er doch die  
Dinge der schlesischen Unternehmer richtig wider. Die ganzen  
Vorbringen über die wirtschaftliche Not der Betriebe ist eitel  
Heuchelei, die nur zur Vertuschung des eigentlichen Vorhabens  
dienen soll. Der brutale Vertragsbruch soll etwas umschrieben  
werden, damit er nicht so nackt in die Augen fällt. Es ist eben  
Unternehmergebaren, wie es in allen Fällen in Erscheinung  
tritt und wozu eine besondere Moral gehört.

Die Arbeiterschaft darf so etwas nicht vergessen, sie muß  
dessen stets eingedenk sein, und sobald wieder einmal die Ge-  
legenheit kommt, den Unternehmern die Quittung überreichen.  
Das Schicksal ist nämlich wechselvoll, und schon bei der nächsten  
politischen Wahl kann schon wieder ein anderer Wind wehen.

Arbeiter, haltet die Einheit hoch; denn aus eurer Uneinig-  
keit und organisatorischen Schwächung ziehen jetzt die Unter-  
nehmer Gewinn.

### Dawes-Gutachten und Arbeitnehmer-Interesse.

Von Professor Dr. Julius Hirsch.

3. Wirkungen und Annahme des Gutachtens.  
(Fortsetzung.)

In 1. Die Last ist schwerer, als angenommen. Es galt  
bei manchen „Sachverständigen“ des Reichsverbandes der  
Deutschen Industrie stets als patriotische Pflicht, die deutsche  
Wirtschaft als rettungslos passiv darzustellen, also als eine  
solche, die nur verzerbt, als sie erzeugt. Insbesondere wurde  
der Achtstundentag als die Ursache dieser immer weiter gehenden  
Verelendung der deutschen Wirtschaft bezeichnet. Daß diese  
ganze Denkweise der Wirklichkeit nicht entspricht, ist in meiner  
Schrift „Die deutsche Währungsfrage“ eingehend dargelegt.  
Auf das Ausland aber haben derartige pseudopatriotische Be-  
handlungen genau gegenteilig gewirkt. Auf Grund der bitteren  
Klagen über Verelendung der Wirtschaft erwartete man in  
Deutschland, heruntergewirtschaftete Eisenbahnen, zerfallene  
Fabriken, vielleicht sogar untergegangene Unternehmern zu finden.  
Statt dessen sah man ausgebaute Fabriken, ein ganz leiblich  
wiederhergestelltes Eisenbahnsystem und bis vor kurzem eine  
verhältnismäßig große Zahl neuer Unternehmern und keine In-  
sammenbrüche. Daraus und auch auf Grund einzelner Mit-  
griffe in dem den Sachverständigen vorgelegten Material sind  
diese nun zu einem genau umgekehrten Satzung gekommen,  
nämlich, daß die deutsche Wirtschaft sich schnell wieder hergestellt  
habe, daß die deutschen Eisenbahnen in besserem Zustand seien  
als die der Ententestaaten selber, und daß also die Wirtschaft-  
kraft Deutschlands unverhältnismäßig viel größer sein müsse,  
als irgend jemand es bisher gesagt hat. Zwar sehen auch die  
Sachverständigen, daß das Niveau-System uns ungeheuer  
schädigt, aber sie halten es für eine vorübergehende Folge der  
Kreditnot, was in Wirklichkeit einer weitgehenden Falsch-  
organisation unserer Wirtschaft entspricht. Es liegt Anlaß zu  
der Vermutung vor, daß sie zwar das jetzige Volkseinkommen  
ziemlich niedrig einschätzen, aber der Meinung sind, daß die  
deutsche Wirtschaft sehr schnell wieder aufsteigen und daß sie  
nach etwa vier Jahren in Gold (allerdings einschließlich der  
Goldentwertung) beinahe das gleiche Volkseinkommen wieder  
erreicht haben werde, das sie vor Kriegsausbruch auch gehabt  
hat. Trotz der Abtretung der Nahrungsprovinzen und trotz der  
Abtretung der Bergwerke im Saargebiet und in Oberschlesien  
und trotz des Verlustes der lothringischen Erzfelder. Leider  
haben unsere Ministerien an tatsächlichem Material, welches  
vorgelegt, das jeden Nationalökonom auf starke Steigerung  
der produktiven Volkskraft schließen läßt, nämlich: Mit-  
teilungen über verhältnismäßig schnelles Wiederaufwachen un-  
seres Volkes. Von 1918 bis Anfang 1923 ist die Volkszahl von  
59 1/2 Millionen wieder auf beinahe 64 Millionen gestiegen. Ueber-  
raschendes Anwachsen der Erwerbstätigen: 30 Millionen hatten  
wir 1907, es müßten nach den Abtretungen 27 1/2 sein, ausge-  
wiehen haben wir aber 33 Millionen. Bei steigender Volkszahl  
findende Ausfuhr an Lebensmitteln und doch nicht erhöhte Sterb-  
lichkeit, starken Wiederaufbau im Eisenbahnwesen und sogar  
Uebererschätzung der wahrcheinlichen Leistungen der Bahnen im  
nächsten Jahr — in den Angaben unserer eigenen Verwaltung —  
aus alledem machen sich Nationalökonom von dem Range  
eines Dawes, Stamp und ihrer Mitarbeiter ihren eigenen Vers.  
Nicht genügend betont wurde aber offenbar, daß das starke An-  
wachsen unserer Erwerbstätigen teilweise eben doch eine Folge  
der Verarmung von Volk und Wirtschaft gegenüber 1914 ist,  
daß der Wiederaufbau unserer Eisenbahnen produktive Erwerbs-  
läufer für große Teile war, also gar nicht in dem vermuteten  
Maße Verelendung, und daß in alledem obendrein noch ziemlich  
viel Täuschung liegt, weil in unserer Wirtschaft viel zu viel Ar-  
beitskraft in viel zu vielen Handels- und Bankgeschäften ganz  
unproduktive Arbeit tut. Folglich: Daß die Vereinigungskräfte,  
die kommen wird, an der ersten Ende wir noch lange nicht sehen,  
dieses Bild der guten Beschäftigung zunächst einmal gründlich  
verändern wird, daß also die Wahrscheinlichkeit schnellen starken  
Wiederaufwachens unserer Wirtschaftskraft bei weitem nicht so  
groß ist wie Dawes und die Seinen es nach dem ihnen vorge-  
legten Material und nach dem Augenschein offenbar angenommen  
haben. (Wobei noch hinzukommt, daß die beiden Eisenbahnsachver-  
ständigen in ihrem Berichte nicht mit der gleichen ruhigen Un-  
parteilichkeit geteilt haben, die die sonstige Arbeit des Dawes-  
Komitees auszeichnet, sondern den „glänzenden“ Stand unseres  
Eisenbahnwesens zweifelsohne übertrieben und recht unsozial  
rechnen. Für das nächste Jahr wollen sie die Eisenbahntrachten  
auf 150 Proz. des Friedens gesteigert haben, demnach offenbar  
doch auch die Preise, die Arbeiterlöhne aber nur auf 90 Proz.  
des Friedens, also eine recht beträchtliche Verkürzung des Real-  
lohnes.) Daraus ergibt sich folgende Schlusfolgerung: Das  
Dawes-Komitee berechnet die normalen Ausgaben für Reich,  
Staat und Gemeinden ansehnlich auf etwa 6 Milliarden Gold-  
mark, diejenigen für Reparationen auf 2 1/2 Milliarden Goldmark.  
Das heutige deutsche Volkseinkommen wurde ihm mit 25 Mil-

liarden angegeben, dasjenige vor dem Kriege war etwas über  
40 Milliarden. Vom heutigen Volkseinkommen, so sind die  
Sachverständigen überzeugt, können die Deutschen überhaupt  
keine Reparationen zahlen, von demjenigen in vier Jahren aber  
2 1/2 Milliarden. Demnach gilt die folgende Rechnung: Die Be-  
lastung nach dem Dawes-Bericht beträgt bei einem Volksein-  
kommen von

25 Milliarden Goldmark : 4 Proz. (heutige Annahme)  
Zwischenstufen 30 Milliarden Goldmark 24 Proz.  
Zwischenstufen 35 Milliarden Goldmark 23 Proz.  
Normaljahr 1928/29 40 Milliarden Goldmark 21 Proz.  
(Annahme des Dawes-Komitees.)

Da die normale Steuerbelastung des Deutschland der Vor-  
kriegszeit etwa 15—17 Proz. des Volkseinkommens ausgemacht  
haben mag, so wäre in der Tat der jetzige Vorschlag, der ins-  
gesamt einschließlich Reparationen etwas über 30 Proz. bringt,  
nicht übermäßig — wenn eben dieses Volkseinkommen erreicht  
werden könnte. Aber auch wenn man die jetzige Entwertung  
des Geldes und die daraus hervorgehende internationale Preis-  
steigerung als zunächst einmal daneben zugrunde legen wollte, so  
würde deswegen voraussichtlich die Last schwerer werden, weil  
eben die Steigerung unseres Volkseinkommens erst durch eine  
schwere Krise hindurch und dann sehr wahrscheinlich viel lang-  
samer erfolgen wird, als es dem Dawes-Komitee aus dem Kon-  
trakt zwischen Klagen unserer Wirtschafts-„Führer“ und der  
Wirklichkeit eines mutigen, unter Entbehrungen weitest mög-  
lich freigelegenen Aufbaues erschienen ist. Um so größer wird  
das Interesse an der Verteilung der Last, sowohl in zeitlicher  
Hinsicht, wie bezüglich der Quellen, aus denen die deutsche Volks-  
wirtschaft die Mittel erschließen soll.

In 2. Hätte Deutschland wie Frankreich 1870 Gold genug  
im Lande, um die Kriegsschuld abzutragen, so würde beiden  
Teilen am besten gebient sein: Deutschland würde sich mit einem  
Kud seiner Last durch Goldzahlung entledigen, die Entente  
würde ihre eigenen Staatsschulden, Pensionen usw. mit diesem  
Gelde abtragen oder finanzieren. Weil davon nie die Rede sein  
konnte, wurde die Schuld zunächst als eine Hypothek betrachtet,  
also als etwas, wovon man zuerst nur die Zinsen bezieht, das  
Kapital entweder aus einer sehr langfristigen Amortisation oder  
aber durch Veräußerung des Anspruchs an Dritte wieder flüssig  
macht; das letztere wäre die Privatfinanzierung der Kriegsschuld.  
Das hat die Entente bereits im Jahre 1921 versucht, als sie  
für die 132 Milliarden des Londoner Ultimatus sogenannte  
„Goldbons“ ausstellte. Weil aber die Leistung von Zins und  
Tilgung durch Deutschland ganz unsicher war, waren diese Bons  
nicht unterzubringen. Das Dawes-Komitee geht einen anderen  
Weg: Es übergibt der Reparationskommission 11 Milliarden  
deutsche Eisenbahn-Obligationen und 5 Milliarden Industrie-  
Obligationen, zusammen 16 Milliarden Goldmark. Diese können  
vorweg verkauft werden. Aber die Endsumme der Schuld ist  
nicht festgelegt.

Von den Summen des Normaljahres bedeuten die Obliga-  
tionen nicht ganz 40 Proz. Demnach wäre der Gesamtbetrag der  
deutschen Schuld auf 40 Milliarden Goldmark veranschlagt und  
würde bei Tilgungsraten von 1 v. H. jährlich in etwa 36 Jahren  
gelöst sein. Das ist aber nirgendwo ausbrüchlich gesagt, und  
so besteht allerdings die Gefahr, daß bei irgendeinem Umsturz  
der Meinungen zwar Teile des deutschen Volkseinkommens abver-  
kauft sind, aber die Gesamtsumme selber gar nicht endgültig fest-  
gelegt ist. Das erschwert aber wieder außerordentlich die Kapi-  
talfinanzierung der deutschen Schuld, und doch haben an einer solchen  
alle Beteiligten das größte Interesse: die Gegner, weil sie so  
schneller zu ihrem Gelde, zur Entlastung ihrer Steuerzahler,  
zur Beschleunigung ihres Wiederaufbaues kommen; Deutschland,  
zur Beilegung der deutschen Schuld, und doch haben an einer solchen  
alle Beteiligten das größte Interesse: die Gegner, weil sie so  
schneller zu ihrem Gelde, zur Entlastung ihrer Steuerzahler,  
zur Beschleunigung ihres Wiederaufbaues kommen; Deutschland,  
zur Beilegung der deutschen Schuld, und doch haben an einer solchen  
alle Beteiligten das größte Interesse: die Gegner, weil sie so  
schneller zu ihrem Gelde, zur Entlastung ihrer Steuerzahler,  
zur Beschleunigung ihres Wiederaufbaues kommen; Deutschland,  
zur Beilegung der deutschen Schuld, und doch haben an einer solchen  
alle Beteiligten das größte Interesse: die Gegner, weil sie so  
schneller zu ihrem Gelde, zur Entlastung ihrer Steuerzahler,  
zur Beschleunigung ihres Wiederaufbaues kommen; Deutschland,  
zur Beilegung der deutschen Schuld, und doch haben an einer solchen  
alle Beteiligten das größte Interesse: die Gegner, weil sie so  
schneller zu ihrem Gelde, zur Entlastung ihrer Steuerzahler,  
zur Beschleunigung ihres Wiederaufbaues kommen; Deutschland,  
zur Beilegung der deutschen Schuld, und doch haben an einer solchen  
alle Beteiligten das größte Interesse: die Gegner, weil sie so  
schneller zu ihrem Gelde, zur Entlastung ihrer Steuerzahler,  
zur Beschleunigung ihres Wiederaufbaues kommen; Deutschland,  
zur Beilegung der deutschen Schuld, und doch haben an einer solchen  
alle Beteiligten das größte Interesse: die Gegner, weil sie so  
schneller zu ihrem Gelde, zur Entlastung ihrer Steuerzahler,  
zur Beschleunigung ihres Wiederaufbaues kommen; Deutschland,  
zur Beilegung der deutschen Schuld, und doch haben an einer solchen  
alle Beteiligten das größte Interesse: die Gegner, weil sie so  
schneller zu ihrem Gelde, zur Entlastung ihrer Steuerzahler,  
zur Beschleunigung ihres Wiederaufbaues kommen; Deutschland,  
zur Beilegung der deutschen Schuld, und doch haben an einer solchen  
alle Beteiligten das größte Interesse: die Gegner, weil sie so  
schneller zu ihrem Gelde, zur Entlastung ihrer Steuerzahler,  
zur Beschleunigung ihres Wiederaufbaues kommen; Deutschland,  
zur Beilegung der deutschen Schuld, und doch haben an einer solchen  
alle Beteiligten das größte Interesse: die Gegner, weil sie so  
schneller zu ihrem Gelde, zur Entlastung ihrer Steuerzahler,  
zur Beschleunigung ihres Wiederaufbaues kommen; Deutschland,  
zur Beilegung der deutschen Schuld, und doch haben an einer solchen  
alle Beteiligten das größte Interesse: die Gegner, weil sie so  
schneller zu ihrem Gelde, zur Entlastung ihrer Steuerzahler,  
zur Beschleunigung ihres Wiederaufbaues kommen; Deutschland,  
zur Beilegung der deutschen Schuld, und doch haben an einer solchen  
alle Beteiligten das größte Interesse: die Gegner, weil sie so  
schneller zu ihrem Gelde, zur Entlastung ihrer Steuerzahler,  
zur Beschleunigung ihres Wiederaufbaues kommen; Deutschland,  
zur Beilegung der deutschen Schuld, und doch haben an einer solchen  
alle Beteiligten das größte Interesse: die Gegner, weil sie so  
schneller zu ihrem Gelde, zur Entlastung ihrer Steuerzahler,  
zur Beschleunigung ihres Wiederaufbaues kommen; Deutschland,  
zur Beilegung der deutschen Schuld, und doch haben an einer solchen  
alle Beteiligten das größte Interesse: die Gegner, weil sie so  
schneller zu ihrem Gelde, zur Entlastung ihrer Steuerzahler,  
zur Beschleunigung ihres Wiederaufbaues kommen; Deutschland,  
zur Beilegung der deutschen Schuld, und doch haben an einer solchen  
alle Beteiligten das größte Interesse: die Gegner, weil sie so  
schneller zu ihrem Gelde, zur Entlastung ihrer Steuerzahler,  
zur Beschleunigung ihres Wiederaufbaues kommen; Deutschland,  
zur Beilegung der deutschen Schuld, und doch haben an einer solchen  
alle Beteiligten das größte Interesse: die Gegner, weil sie so  
schneller zu ihrem Gelde, zur Entlastung ihrer Steuerzahler,  
zur Beschleunigung ihres Wiederaufbaues kommen; Deutschland,  
zur Beilegung der deutschen Schuld, und doch haben an einer solchen  
alle Beteiligten das größte Interesse: die Gegner, weil sie so  
schneller zu ihrem Gelde, zur Entlastung ihrer Steuerzahler,  
zur Beschleunigung ihres Wiederaufbaues kommen; Deutschland,  
zur Beilegung der deutschen Schuld, und doch haben an einer solchen  
alle Beteiligten das größte Interesse: die Gegner, weil sie so  
schneller zu ihrem Gelde, zur Entlastung ihrer Steuerzahler,  
zur Beschleunigung ihres Wiederaufbaues kommen; Deutschland,  
zur Beilegung der deutschen Schuld, und doch haben an einer solchen  
alle Beteiligten das größte Interesse: die Gegner, weil sie so  
schneller zu ihrem Gelde, zur Entlastung ihrer Steuerzahler,  
zur Beschleunigung ihres Wiederaufbaues kommen; Deutschland,  
zur Beilegung der deutschen Schuld, und doch haben an einer solchen  
alle Beteiligten das größte Interesse: die Gegner, weil sie so  
schneller zu ihrem Gelde, zur Entlastung ihrer Steuerzahler,  
zur Beschleunigung ihres Wiederaufbaues kommen; Deutschland,  
zur Beilegung der deutschen Schuld, und doch haben an einer solchen  
alle Beteiligten das größte Interesse: die Gegner, weil sie so  
schneller zu ihrem Gelde, zur Entlastung ihrer Steuerzahler,  
zur Beschleunigung ihres Wiederaufbaues kommen; Deutschland,  
zur Beilegung der deutschen Schuld, und doch haben an einer solchen  
alle Beteiligten das größte Interesse: die Gegner, weil sie so  
schneller zu ihrem Gelde, zur Entlastung ihrer Steuerzahler,  
zur Beschleunigung ihres Wiederaufbaues kommen; Deutschland,  
zur Beilegung der deutschen Schuld, und doch haben an einer solchen  
alle Beteiligten das größte Interesse: die Gegner, weil sie so  
schneller zu ihrem Gelde, zur Entlastung ihrer Steuerzahler,  
zur Beschleunigung ihres Wiederaufbaues kommen; Deutschland,  
zur Beilegung der deutschen Schuld, und doch haben an einer solchen  
alle Beteiligten das größte Interesse: die Gegner, weil sie so  
schneller zu ihrem Gelde, zur Entlastung ihrer Steuerzahler,  
zur Beschleunigung ihres Wiederaufbaues kommen; Deutschland,  
zur Beilegung der deutschen Schuld, und doch haben an einer solchen  
alle Beteiligten das größte Interesse: die Gegner, weil sie so  
schneller zu ihrem Gelde, zur Entlastung ihrer Steuerzahler,  
zur Beschleunigung ihres Wiederaufbaues kommen; Deutschland,  
zur Beilegung der deutschen Schuld, und doch haben an einer solchen  
alle Beteiligten das größte Interesse: die Gegner, weil sie so  
schneller zu ihrem Gelde, zur Entlastung ihrer Steuerzahler,  
zur Beschleunigung ihres Wiederaufbaues kommen; Deutschland,  
zur Beilegung der deutschen Schuld, und doch haben an einer solchen  
alle Beteiligten das größte Interesse: die Gegner, weil sie so  
schneller zu ihrem Gelde, zur Entlastung ihrer Steuerzahler,  
zur Beschleunigung ihres Wiederaufbaues kommen; Deutschland,  
zur Beilegung der deutschen Schuld, und doch haben an einer solchen  
alle Beteiligten das größte Interesse: die Gegner, weil sie so  
schneller zu ihrem Gelde, zur Entlastung ihrer Steuerzahler,  
zur Beschleunigung ihres Wiederaufbaues kommen; Deutschland,  
zur Beilegung der deutschen Schuld, und doch haben an einer solchen  
alle Beteiligten das größte Interesse: die Gegner, weil sie so  
schneller zu ihrem Gelde, zur Entlastung ihrer Steuerzahler,  
zur Beschleunigung ihres Wiederaufbaues kommen; Deutschland,  
zur Beilegung der deutschen Schuld, und doch haben an einer solchen  
alle Beteiligten das größte Interesse: die Gegner, weil sie so  
schneller zu ihrem Gelde, zur Entlastung ihrer Steuerzahler,  
zur Beschleunigung ihres Wiederaufbaues kommen; Deutschland,  
zur Beilegung der deutschen Schuld, und doch haben an einer solchen  
alle Beteiligten das größte Interesse: die Gegner, weil sie so  
schneller zu ihrem Gelde, zur Entlastung ihrer Steuerzahler,  
zur Beschleunigung ihres Wiederaufbaues kommen; Deutschland,  
zur Beilegung der deutschen Schuld, und doch haben an einer solchen  
alle Beteiligten das größte Interesse: die Gegner, weil sie so  
schneller zu ihrem Gelde, zur Entlastung ihrer Steuerzahler,  
zur Beschleunigung ihres Wiederaufbaues kommen; Deutschland,  
zur Beilegung der deutschen Schuld, und doch haben an einer solchen  
alle Beteiligten das größte Interesse: die Gegner, weil sie so  
schneller zu ihrem Gelde, zur Entlastung ihrer Steuerzahler,  
zur Beschleunigung ihres Wiederaufbaues kommen; Deutschland,  
zur Beilegung der deutschen Schuld, und doch haben an einer solchen  
alle Beteiligten das größte Interesse: die Gegner, weil sie so  
schneller zu ihrem Gelde, zur Entlastung ihrer Steuerzahler,  
zur Beschleunigung ihres Wiederaufbaues kommen; Deutschland,  
zur Beilegung der deutschen Schuld, und doch haben an einer solchen  
alle Beteiligten das größte Interesse: die Gegner, weil sie so  
schneller zu ihrem Gelde, zur Entlastung ihrer Steuerzahler,  
zur Beschleunigung ihres Wiederaufbaues kommen; Deutschland,  
zur Beilegung der deutschen Schuld, und doch haben an einer solchen  
alle Beteiligten das größte Interesse: die Gegner, weil sie so  
schneller zu ihrem Gelde, zur Entlastung ihrer Steuerzahler,  
zur Beschleunigung ihres Wiederaufbaues kommen; Deutschland,  
zur Beilegung der deutschen Schuld, und doch haben an einer solchen  
alle Beteiligten das größte Interesse: die Gegner, weil sie so  
schneller zu ihrem Gelde, zur Entlastung ihrer Steuerzahler,  
zur Beschleunigung ihres Wiederaufbaues kommen; Deutschland,  
zur Beilegung der deutschen Schuld, und doch haben an einer solchen  
alle Beteiligten das größte Interesse: die Gegner, weil sie so  
schneller zu ihrem Gelde, zur Entlastung ihrer Steuerzahler,  
zur Beschleunigung ihres Wiederaufbaues kommen; Deutschland,  
zur Beilegung der deutschen Schuld, und doch haben an einer solchen  
alle Beteiligten das größte Interesse: die Gegner, weil sie so  
schneller zu ihrem Gelde, zur Entlastung ihrer Steuerzahler,  
zur Beschleunigung ihres Wiederaufbaues kommen; Deutschland,  
zur Beilegung der deutschen Schuld, und doch haben an einer solchen  
alle Beteiligten das größte Interesse: die Gegner, weil sie so  
schneller zu ihrem Gelde, zur Entlastung ihrer Steuerzahler,  
zur Beschleunigung ihres Wiederaufbaues kommen; Deutschland,  
zur Beilegung der deutschen Schuld, und doch haben an einer solchen  
alle Beteiligten das größte Interesse: die Gegner, weil sie so  
schneller zu ihrem Gelde, zur Entlastung ihrer Steuerzahler,  
zur Beschleunigung ihres Wiederaufbaues kommen; Deutschland,  
zur Beilegung der deutschen Schuld, und doch haben an einer solchen  
alle Beteiligten das größte Interesse: die Gegner, weil sie so  
schneller zu ihrem Gelde, zur Entlastung ihrer Steuerzahler,  
zur Beschleunigung ihres Wiederaufbaues kommen; Deutschland,  
zur Beilegung der deutschen Schuld, und doch haben an einer solchen  
alle Beteiligten das größte Interesse: die Gegner, weil sie so  
schneller zu ihrem Gelde, zur Entlastung ihrer Steuerzahler,  
zur Beschleunigung ihres Wiederaufbaues kommen; Deutschland,  
zur Beilegung der deutschen Schuld, und doch haben an einer solchen  
alle Beteiligten das größte Interesse: die Gegner, weil sie so  
schneller zu ihrem Gelde, zur Entlastung ihrer Steuerzahler,  
zur Beschleunigung ihres Wiederaufbaues kommen; Deutschland,  
zur Beilegung der deutschen Schuld, und doch haben an einer solchen  
alle Beteiligten das größte Interesse: die Gegner, weil sie so  
schneller zu ihrem Gelde, zur Entlastung ihrer Steuerzahler,  
zur Beschleunigung ihres Wiederaufbaues kommen; Deutschland,  
zur Beilegung der deutschen Schuld, und doch haben an einer solchen  
alle Beteiligten das größte Interesse: die Gegner, weil sie so  
schneller zu ihrem Gelde, zur Entlastung ihrer Steuerzahler,  
zur Beschleunigung ihres Wiederaufbaues kommen; Deutschland,  
zur Beilegung der deutschen Schuld, und doch haben an einer solchen  
alle Beteiligten das größte Interesse: die Gegner, weil sie so  
schneller zu ihrem Gelde, zur Entlastung ihrer Steuerzahler,  
zur Beschleunigung ihres Wiederaufbaues kommen; Deutschland,  
zur Beilegung der deutschen Schuld, und doch haben an einer solchen  
alle Beteiligten das größte Interesse: die Gegner, weil sie so  
schneller zu ihrem Gelde, zur Entlastung ihrer Steuerzahler,  
zur Beschleunigung ihres Wiederaufbaues kommen; Deutschland,  
zur Beilegung der deutschen Schuld, und doch haben an einer solchen  
alle Beteiligten das größte Interesse: die Gegner, weil sie so  
schneller zu ihrem Gelde, zur Entlastung ihrer Steuerzahler,  
zur Beschleunigung ihres Wiederaufbaues kommen; Deutschland,  
zur Beilegung der deutschen Schuld, und doch haben an einer solchen  
alle Beteiligten das größte Interesse: die Gegner, weil sie so  
schneller zu ihrem Gelde, zur Entlastung ihrer Steuerzahler,  
zur Beschleunigung ihres Wiederaufbaues kommen; Deutschland,  
zur Beilegung der deutschen Schuld, und doch haben an einer solchen  
alle Beteiligten das größte Interesse: die Gegner, weil sie so  
schneller zu ihrem Gelde, zur Entlastung ihrer Steuerzahler,  
zur Beschleunigung ihres Wiederaufbaues kommen; Deutschland,  
zur Beilegung der deutschen Schuld, und doch haben an einer solchen  
alle Beteiligten das größte Interesse: die Gegner, weil sie so  
schneller zu ihrem Gelde, zur Entlastung ihrer Steuerzahler,  
zur Beschleunigung ihres Wiederaufbaues kommen; Deutschland,  
zur Beilegung der deutschen Schuld, und doch haben an einer solchen  
alle Beteiligten das größte Interesse: die Gegner, weil sie so  
schneller zu ihrem Gelde, zur Entlastung ihrer Steuerzahler,  
zur Beschleunigung ihres Wiederaufbaues kommen; Deutschland,  
zur Beilegung der deutschen Schuld, und doch haben an einer solchen  
alle Beteiligten das größte Interesse: die Gegner, weil sie so  
schneller zu ihrem Gelde, zur Entlastung ihrer Steuerzahler,  
zur Beschleunigung ihres Wiederaufbaues kommen; Deutschland,  
zur Beilegung der deutschen Schuld, und doch haben an einer solchen  
alle Beteiligten das größte Interesse: die Gegner, weil sie so  
schneller zu ihrem Gelde, zur Entlastung ihrer Steuerzahler,  
zur Beschleunigung ihres Wiederaufbaues kommen; Deutschland,  
zur Beilegung der deutschen Schuld, und doch haben an einer solchen  
alle Beteiligten das größte Interesse: die Gegner, weil sie so  
schneller zu ihrem Gelde, zur Entlastung ihrer Steuerzahler,  
zur Beschleunigung ihres Wiederaufbaues kommen; Deutschland,  
zur Beilegung der deutschen Schuld, und doch haben an einer solchen  
alle Beteiligten das größte Interesse: die Gegner, weil sie so  
schneller zu ihrem Gelde, zur Entlastung ihrer Steuerzahler,  
zur Beschleunigung ihres Wiederaufbaues kommen; Deutschland,  
zur Beilegung der deutschen Schuld, und doch haben an einer solchen  
alle Beteiligten das größte Interesse: die Gegner, weil sie so  
schneller zu ihrem Gelde, zur Entlastung ihrer Steuerzahler,  
zur Beschleunigung ihres Wiederaufbaues kommen; Deutschland,  
zur Beilegung der deutschen Schuld, und doch haben an einer solchen  
alle Beteiligten das größte Interesse: die Gegner, weil sie so  
schneller zu ihrem Gelde, zur Entlastung ihrer Steuerzahler,  
zur Beschleunigung ihres Wiederaufbaues kommen; Deutschland,  
zur Beilegung der deutschen Schuld, und doch haben an einer solchen  
alle Beteiligten das größte Interesse: die Gegner, weil sie so  
schneller zu ihrem Gelde, zur Entlastung ihrer Steuerzahler,  
zur Beschleunigung ihres Wiederaufbaues kommen; Deutschland,  
zur Beilegung der deutschen Schuld, und doch haben an einer solchen  
alle Beteiligten das größte Interesse: die Gegner, weil sie so  
schneller zu ihrem Gelde, zur Entlastung ihrer Steuerzahler,  
zur Beschleunigung ihres Wiederaufbaues kommen; Deutschland,  
zur Beilegung der deutschen Schuld, und doch haben an einer solchen  
alle Beteiligten das größte Interesse: die Gegner, weil sie so  
schneller zu ihrem Gelde, zur Entlastung ihrer Steuerzahler,  
zur Beschleunigung ihres Wiederaufbaues kommen; Deutschland,  
zur Beilegung der deutschen Schuld, und doch haben an einer solchen  
alle Beteiligten das größte Interesse: die Gegner, weil sie so  
schneller zu ihrem Gelde, zur Entlastung ihrer Steuerzahler,  
zur Beschleunigung ihres Wiederaufbaues kommen; Deutschland,  
zur Beilegung der deutschen Schuld, und doch haben an einer solchen  
alle Beteiligten das größte Interesse: die Gegner, weil sie so  
schneller zu ihrem Gelde, zur Entlastung ihrer Steuerzahler,  
zur Beschleunigung ihres Wiederaufbaues kommen; Deutschland,  
zur Beilegung der deutschen Schuld, und doch haben an einer solchen  
alle Beteiligten das größte Interesse: die Gegner, weil sie so  
schneller zu ihrem Gelde, zur Entlastung ihrer Steuerzahler,  
zur Beschleunigung ihres Wiederaufbaues kommen; Deutschland,  
zur Beilegung der deutschen Schuld, und doch haben an einer solchen  
alle Beteiligten das größte Interesse: die Gegner, weil sie so  
schneller zu ihrem Gelde, zur Entlastung ihrer Steuerzahler,  
zur Beschleunigung ihres Wiederaufbaues kommen; Deutschland,  
zur Beilegung der deutschen Schuld, und doch haben an einer solchen  
alle Beteiligten das größte Interesse: die Gegner, weil sie so  
schneller zu ihrem Gelde, zur Entlastung ihrer Steuerzahler,  
zur Beschleunigung ihres Wiederaufbaues kommen; Deutschland,  
zur Beilegung der deutschen Schuld, und doch haben an einer solchen  
alle Beteiligten das größte Interesse: die Gegner, weil sie so  
schneller zu ihrem Gelde, zur Entlastung ihrer Steuerzahler,  
zur Beschleunigung ihres Wiederaufbaues kommen; Deutschland,  
zur Beilegung der deutschen Schuld, und doch haben an einer solchen  
alle Beteiligten das größte Interesse: die Gegner, weil sie so  
schneller zu ihrem Gelde, zur Entlastung ihrer Steuerzahler,  
zur Beschleunigung ihres Wiederaufbaues kommen; Deutschland,  
zur Beilegung der deutschen Schuld, und doch haben an einer solchen  
alle Beteiligten das größte Interesse: die Gegner, weil sie so  
schneller zu ihrem Gelde, zur Entlastung ihrer Steuerzahler,  
zur Beschleunigung ihres Wiederaufbaues kommen; Deutschland,  
zur Beilegung der deutschen Schuld, und doch haben an einer solchen  
alle Beteiligten das größte Interesse: die Gegner, weil sie so  
schneller zu ihrem Gelde, zur Entlastung ihrer Steuerzahler,  
zur Beschleunigung ihres Wiederaufbaues kommen; Deutschland,  
zur Beilegung der deutschen Schuld, und doch haben an einer solchen  
alle Beteiligten das größte Interesse: die Gegner, weil sie so  
schneller zu ihrem Gelde, zur Entlastung ihrer Steuerzahler,  
zur Beschleunigung ihres Wiederaufbaues kommen; Deutschland,  
zur Beilegung der deutschen Schuld, und doch haben an einer solchen  
alle Beteiligten das größte Interesse: die Gegner, weil sie so  
schneller zu ihrem Gelde, zur Entlastung ihrer Steuerzahler,  
zur Beschleunigung ihres Wiederaufbaues kommen; Deutschland,  
zur Beilegung der deutschen Schuld, und doch haben an einer solchen  
alle Beteiligten das größte Interesse: die Gegner, weil sie so  
schneller zu ihrem Gelde, zur Entlastung ihrer Steuerzahler,  
zur Beschleunigung ihres Wiederaufbaues kommen; Deutschland,  
zur Beilegung der deutschen Schuld, und doch haben an einer solchen  
alle Beteiligten das größte Interesse: die Gegner, weil sie so  
schneller zu ihrem Gelde, zur Entlastung ihrer Steuerzahler,  
zur Beschleunigung ihres Wiederaufbaues kommen; Deutschland,  
zur Beilegung der deutschen Schuld, und doch haben an einer solchen  
alle Beteiligten das größte Interesse: die Gegner, weil sie so  
schneller zu ihrem Gelde, zur Entlastung ihrer Steuerzahler,  
zur Beschleunigung ihres Wiederaufbaues kommen; Deutschland,  
zur Beilegung der deutschen Schuld, und doch haben an einer solchen  
alle Beteiligten das größte Interesse: die Gegner, weil sie so  
schneller zu ihrem Gelde, zur Entlastung ihrer Steuerzahler,  
zur Beschleunigung ihres Wiederaufbaues kommen; Deutschland,  
zur Beilegung der deutschen Schuld, und doch haben an einer solchen  
alle Beteiligten das größte Interesse: die Gegner, weil sie so  
schneller zu ihrem Gelde, zur Entlastung ihrer Steuerzahler,  
zur Beschleunigung ihres Wiederaufbaues kommen; Deutschland,  
zur Beilegung der deutschen Schuld, und doch haben an einer solchen  
alle Beteiligten das größte Interesse: die Gegner, weil sie so  
schneller zu ihrem Gelde, zur Entlastung ihrer Steuerzahler,  
zur Beschleunigung ihres Wiederaufbaues kommen; Deutschland,  
zur Beilegung der deutschen Schuld, und doch haben an einer solchen  
alle Beteiligten das größte Interesse: die Gegner, weil sie so  
schneller zu ihrem Gelde, zur Entlastung ihrer Steuerzahler,  
zur Beschleunigung ihres Wiederaufbaues kommen; Deutschland,  
zur Beilegung der deutschen Schuld, und doch haben an einer solchen  
alle Beteiligten das größte Interesse: die Gegner, weil sie so  
schneller zu ihrem Gelde, zur Entlastung ihrer Steuerzahler,  
zur Beschleunigung ihres Wiederaufbaues kommen; Deutschland,  
zur Beilegung der deutschen Schuld, und doch haben an einer solchen  
alle Beteiligten das größte Interesse: die Gegner, weil sie so  
schneller zu ihrem Gelde, zur Entlastung ihrer Steuerzahler,  
zur Beschleunigung ihres Wiederaufbaues kommen; Deutschland,  
zur Beilegung der deutschen Schuld, und doch haben an einer solchen  
alle Beteiligten das größte Interesse: die Gegner, weil sie so  
schneller zu ihrem Gelde, zur Entlastung ihrer Steuerzahler,  
zur Beschleunigung ihres Wiederaufbaues kommen; Deutschland,  
zur Beilegung der deutschen Schuld, und doch haben an einer solchen  
alle Beteiligten das größte Interesse: die Gegner, weil sie so  
schneller zu ihrem Gelde, zur Entlastung ihrer Steuerzahler,  
zur Beschleunigung ihres Wiederaufbaues kommen; Deutschland,  
zur Beilegung der deutschen Schuld, und doch haben an einer solchen  
alle Beteiligten das größte Interesse: die Gegner, weil sie so  
schneller zu ihrem Gelde, zur Entlastung ihrer Steuerzahler,  
zur Beschleunigung ihres Wiederaufbaues kommen; Deutschland,  
zur Beilegung der deutschen Schuld, und doch haben an einer solchen  
alle Beteiligten das größte Interesse: die Gegner, weil sie so  
schneller zu ihrem Gelde, zur Entlastung ihrer Steuerzahler,  
zur Beschleunigung ihres Wiederaufbaues kommen; Deutschland,  
zur Beilegung der deutschen Schuld, und doch haben an einer solchen  
alle Beteiligten das größte Interesse: die Gegner, weil sie so  
schneller zu ihrem Gelde, zur Entlastung ihrer Steuerzahler,  
zur Beschleunigung ihres Wiederaufbaues kommen; Deutschland,  
zur Beilegung der deutschen Schuld, und doch haben an einer solchen  
alle Beteiligten das größte Interesse: die Gegner, weil sie so  
schneller zu ihrem Gelde, zur Entlastung ihrer Steuerzahler,  
zur Beschleunigung ihres Wiederaufbaues kommen; Deutschland,  
zur Beilegung der deutschen Schuld, und doch haben an einer solchen  
alle Beteiligten das größte Interesse: die Gegner, weil sie so  
schneller zu ihrem Gelde, zur Entlastung ihrer Steuerzahler,  
zur Beschleunigung ihres Wiederaufbaues kommen; Deutschland,  
zur Beilegung der deutschen Schuld, und doch haben an einer solchen  
alle Beteiligten das größte Interesse: die Gegner, weil sie so  
schneller zu ihrem Gelde, zur Entlastung ihrer Steuerzahler,  
zur Beschleunigung ihres Wiederaufbaues kommen; Deutschland,  
zur Beilegung der deutschen Schuld, und doch haben an einer solchen  
alle Beteiligten das größte Interesse: die Gegner, weil sie so  
schneller zu ihrem Gelde, zur Entlastung ihrer Steuerzahler,  
zur Beschleunigung ihres Wiederaufbaues kommen; Deutschland,  
zur Beilegung der deutschen Schuld, und doch haben an einer solchen  
alle Beteiligten das größte Interesse: die Gegner, weil sie so  
schneller zu ihrem Gelde, zur Entlastung ihrer Steuerzahler,  
zur Beschleunigung ihres Wiederaufbaues kommen; Deutschland,  
zur Beilegung der deutschen Schuld, und doch haben an einer solchen  
alle Beteiligten das größte Interesse: die Gegner, weil sie so  
schneller zu ihrem Gelde, zur Entlastung ihrer Steuerzahler,  
zur Beschleunigung ihres Wiederaufbaues kommen; Deutschland,  
zur Beilegung der deutschen Schuld, und doch haben an einer solchen  
alle Beteiligten das größte Interesse: die Gegner, weil sie so  
schneller zu ihrem Gelde, zur Entlastung ihrer Steuerzahler,  
zur Beschleunigung ihres Wiederaufbaues kommen; Deutschland,  
zur Beilegung der deutschen Schuld, und doch haben an einer solchen  
alle Beteiligten das größte Interesse: die Gegner, weil sie so  
schneller zu ihrem Gelde, zur Entlastung ihrer Steuerzahler,  
zur Beschleunigung ihres Wiederaufbaues kommen; Deutschland,  
zur Beilegung der deutschen Schuld, und doch haben an einer solchen  
alle Beteiligten das größte Interesse: die Gegner, weil sie so  
schneller zu ihrem Gelde, zur Entlastung ihrer Steuerzahler,  
zur Beschleunigung ihres Wiederaufbaues kommen; Deutschland,  
zur Beilegung der deutschen Schuld, und doch haben an einer solchen  
alle Beteiligten das größte Interesse: die Gegner, weil sie so  
schneller zu ihrem Gelde, zur Entlastung ihrer Steuerzahler,  
zur Beschleunigung ihres Wiederaufbaues kommen; Deutschland,  
zur Beilegung der deutschen Schuld, und doch haben an einer solchen  
alle Beteiligten das größte Interesse: die Gegner, weil sie so  
schneller zu ihrem Gelde, zur Entlastung ihrer Steuerzahler,  
zur Beschleunigung ihres Wiederaufbaues kommen; Deutschland,  
zur Beilegung der deutschen Schuld, und doch haben an einer solchen  
alle Beteiligten das größte Interesse: die Gegner, weil sie so  
schneller zu ihrem Gelde, zur Entlastung ihrer Steuerzahler,  
zur Beschleunigung ihres Wiederaufbaues kommen; Deutschland,  
zur Beilegung der deutschen Schuld, und doch haben an einer solchen  
alle Beteiligten das größte Interesse: die Gegner,

c) der Erlös aus der Ausfuhr; d) die sogenannten „unrichtbaren Kosten“ der Zahlungsabläufe (Schiffahrt, Post und Versicherung, Fremdenverkehr usw.). Der Goldbestand Deutschlands, das früher Gold in größeren Mengen zu Vorkauf und Industriezwecken einführen mußte, ist in ständiger Abnahme begriffen. Er betrug im Jahre 1913 noch vier Milliarden Goldmark, erfuhr während des Krieges und nach dem Waffensstillstand, insbesondere im Jahre 1923, eine beträchtliche Abnahme und ist heute so unbedeutend (im Juni 1924 war der Goldbestand der Reichsbank 45 Millionen Goldmark), daß daraus nicht einmal für einen Monat notwendigen Einfuhren bezahlt werden könnten. Die deutschen Guthaben im Ausland, die laut den Gutachten der Sachverständigen 2,5 Millionen Goldmark betragen dürften, dienen gegenwärtig der Bezahlung der Einfuhrüberschüsse. Da der deutsche Importeur keinen Wechselkurs am ausländischen Markt hat, sondern in bar bezahlt, ist das Bestehen dieser Guthaben unerlässlich notwendig. Bei der endgültigen Stabilisierung der deutschen Währung sollen diese Guthaben nach Deutschland zurückkehren, um keine Kapitalbasis zu erweitern. Würde diese gegenwärtig im Ausland liegende Summe gänzlich zur Bezahlung von Einfuhren verwendet, so würde daraus eine große Schädigung der deutschen Volkswirtschaft erwachsen. Die Ausfuhr hat vor dem Kriege den größten Teil der Einfuhr (Waren- und Goldzufuhr) gedeckt. Immerhin mußte der auch vor dem Kriege sehr beträchtliche Einfuhrüberschuß (im Durchschnitt der Jahre 1909 bis 1919 1675 Millionen Goldmark) aus anderen Einnahmequellen gedeckt werden. Dies war sehr weitgehend möglich. Die Tatsache, daß Deutschland jährlich durchschnittlich 400 Millionen Goldmark Kapital im Ausland anlegen konnte, das ihm nach Bezahlung des Reihvertrages aus dem Warenverkehr übrig blieb, deutet darauf. Wie steht es aber heute mit diesen Einnahmequellen? Die Schiffahrt brachte 1913 540 Millionen, 1923 dagegen nur 175 Millionen Goldmark. Für die Zukunft wird aus dieser Quelle mit einer Einnahme von höchstens 300 Millionen Goldmark gerechnet, vom Touristenverkehr höchstens mit 100 Millionen, von Bank- und Versicherungsgewinnen im Ausland aber überhaupt nichts mehr. Die unrichtbaren Kosten betragen demnach nicht mehr als 500 Millionen Goldmark im Jahr. Nach dem Krieg trat aber eine Ueberveränderung der deutschen Volkswirtschaft ein, das Ausland erwarb deutsches Eigentum im Werte von mindestens 8 Milliarden Goldmark. Dies mit 6 Prozent verzinst, ergibt eine Zinsenlast der deutschen Volkswirtschaft im Betrag von 500 Millionen Goldmark. Somit halten die Aktiv- und Passivposten der unrichtbaren Bilanz einander die Waage. Daraus ergibt sich aber, daß in der Zukunft Einfuhren ausschließlich aus den Erlösen der Ausfuhr, bzw. aus ausländischen Krediten bezahlt werden können. Die Einfuhren sind zwar sehr eingeschränkt, sie betragen im Jahre 1923 nur 40 Prozent des Einfuhrwertes von 1913 (im ersten Quartal 1924 betrug der Rückgang der Einfuhr gegenüber 1913 44 Prozent), die Ausfuhr ist aber in einem noch stärkeren Maß zurückgegangen (im ersten Quartal 1924 um 55 Prozent). Die deutsche Ausfuhr betrug im Jahre 1923 6,2 Milliarden Goldmark. Sie mußte auf 16,5 Milliarden Goldmark gesteigert werden, damit Deutschland wieder so viel im Ausland kaufen kann wie vor dem Kriege. Die gegenwärtigen Abnahmefähigkeiten lassen wenig Hoffnung auf eine derartige Ausdehnung der deutschen Ausfuhr. So bleibt einseitig für die Bezahlung der Einfuhrüberschüsse nur der ausländische Kredit, insofern dieser zu erhalten ist, übrig. Vor der endgültigen Stabilisierung der deutschen Währung und der Erledigung der Reparationsfrage ist aber auf ausreichende ausländische Kredite nicht zu hoffen.

## Der Kampf gegen die Betriebsräte.

In letzter Zeit macht sich bei den Unternehmern eine Bewegung bemerkbar, die in unverkennbarer Weise auf die Abmilderung der Betriebsräte hinauszielt. So wurde vom Allgemeinen Arbeitgeberverband von Gotha u. Umg. im Auftrag der Firma Fritsch Pfeiffer, Porzellanfabrik Gotha, beim Gewerbegericht Gotha Klage gegen den Betriebsratsvorsitzenden Conrad Amling erhoben und dessen Absetzung als Betriebsratsmitglied beantragt, und zwar wegen gröblicher Verletzung seiner gesetzlichen Pflichten. Der Antrag lautet:

Am das Gewerbegericht

zu Gotha.

Im Auftrag der Firma Fritsch Pfeiffer, Porzellanfabrik Gotha, stellen wir auf Grund des § 39, Abs. 2 des BGG an das Gewerbegericht den Antrag, das Erlöschen der Mitgliedschaft des Betriebsratsmitgliedes Conrad Amling, Hofgasse 14, der Firma Fritsch Pfeiffer, wegen gröblicher Verletzung seiner gesetzlichen Pflichten zu beschließen. Zur Begründung, für die wir uns nähere Ausführungen in mündlichen Verhandlungen vorbehalten, führen wir an, daß das genannte Betriebsratsmitglied gegen seine gesetzlichen Pflichten im allgemeinen und gegen den § 68 des BGG in gröblicher Weise dadurch verstoßen hat, daß es die Belegschaft durch heimliche Heben dazu verleitet hat, entgegen dem von einem Teil der Belegschaft gefassten Beschluß, am 1. Mai die Arbeit nicht aufzunehmen.

Weiterhin hat das Betriebsratsmitglied sich in gröblicher Weise gegen seine Pflichten vergangen dadurch, daß es sich die schwersten Angehörlichkeiten gegen Herrn Weber als seinen Arbeitgeber hat zuschulden kommen lassen, indem es Herrn Weber gegenüber erklärt hat, er habe ihm gar nichts zu sagen. Ferner hat das Betriebsratsmitglied sich gegen den § 46, Abs. 3 des BGG wiederholt vergangen dadurch, daß es Betriebsversammlungen während der Arbeitszeit einberufen hat, ohne die Zustimmung des Arbeitgebers einzuholen, und schließlich auch dadurch, daß es trotz gegenteiliger Belehrung des öfteren während der Arbeitszeit im Betrieb umhergegangen ist, um betriebsfremde Tätigkeiten auszuüben.

Wir bitten, die Ansetzung eines Termins möglichst umgehend voranzutreiben zu wollen.

Im Auftrag der Firma:

Allgemeiner Arbeitgeberverband für Gotha u. Umg.  
Der Vorsitzende, gez.: Dr. Hofmann.

Der Spätkler Herr Dr. Hofmann, als Vertreter des Antrages, hat zur Begründung ein schweres Geschick auf. So behauptete er, daß sich Amling ein Vergehen an der Belegschaft im Jahre 1923 zuschulden kommen lassen habe, indem er die Abmilderung der Arbeit über die event. Forderung des 1. Mai per Affirmation vorgenommen habe. Es sei doch gewiß, daß, wenn die Affirmation per Affirmation vorgenommen würde, die Belegschaft samt und sonderlich die Arbeiter am 1. Mai stimmen müßte, andererseits die dagegen Stimmenenden dem bekannten Terror ausgesetzt wären. Die Belegschaft hatte nämlich einstimmig (Weber rief für den 1. Mai beschließen. Zwei enthielten sich der Stimme.) Nachträglich hatten sich aber die Kollegen in Brennhaus — jedenfalls durch einen der Firmeninhaber — unstimmen lassen und wollten nun, entgegen ihrem eigenen Willen, am 1. Mai arbeiten. Als sie dies dem Kollegen Amling mitteilten, machte ihnen derselbe berechtigte Vorwürfe über ihr unkorrektes und unehrliches Verhalten und erklärte ihnen schließlich, daß man einen Knüttel nehmen und sie zwischen die Hörner schlagen sollte. Herr Dr. Hofmann mußte diese etwas drastische Bemerkung aus, worauf er in eine Drohung um und erklärte schließlich dem Gericht, daß er das Schwergewicht auf diesen Punkt der Klage lege.

Zu Punkt 2: „Angehörlichkeiten gegen den Arbeitgeber Herr Weber“ hatte sich die Sache folgendermaßen zugetragen: Nachdem der Firma der Antrag des Betriebsratsvorsitzenden, „Man möge einen Knüttel nehmen und euch zwischen die Hörner schlagen“ von einem „allzu anfrichtigen“ Kollegen

beigebracht worden war, begab sich Herr Weber zu Amling und verbot ihm, in Zukunft seinen Arbeitsplatz zu verlassen und irgendeinen anderen Arbeitsplatz zu betreten. Der Kollege Amling erklärte Herrn Weber, daß er ihm gar nichts zu verbieten habe. Darauf erklärte ihm Herr Weber: „Dann schmeiße ich Sie raus!“ Herr Dr. Hofmann stellte dies — allerdings nicht die Auslage des Herrn Weber — als eine schwere Angehörlichkeit hin, die, wenn sie nicht geahndet, alle Autorität untergraben müsse.

Zu Punkt 3 erklärte Herr Dr. Hofmann, habe Herr Amling Betriebsversammlungen während der Arbeitszeit abgehalten, ohne dieselben beim Arbeitgeber anzumelden. Die Versammlungen hätten während der Frühstück- oder Mittagspause stattgefunden; die Pausen zählten aber mit zur Arbeitszeit. Es sei schon insofern nicht zulässig, Betriebsversammlungen während der Arbeitszeit (Pausen) abzuhalten, da durch die Vorgänge in einer Betriebsversammlung die Belegschaft stark benachteiligt würde und dadurch die ordnungsmäßige Vertretung ihrer Arbeit stark beeinträchtigt würde.

Und dann sei Herr Amling des öfteren während der Arbeitszeit im Betrieb umhergegangen und habe Agitation getrieben, trotzdem er zu wiederholten Malen auf das Angehörliche seiner Handlungsweise seitens der Betriebsleitung aufmerksam gemacht worden sei.

Dr. Hofmann erklärte zum Schluß, daß sich Amling äußerst schwere Verbrechen habe zuschulden kommen lassen und daß keines Erachtens das Gericht zu keinem anderen Entschluß kommen könne, als dem Antrag auf Amtsenthebung stattzugeben.

Nummer befaßten sich der Beklagte und dessen Vertreter, der Geschäftsführer der Fabrik der Porzellanarbeiter, Kollege Mich. Eichardt, mit den Ausführungen des Herrn Dr. Hofmann. Es bedurfte keiner so schwalligen und aufbauenden Reden, wie sie von der Gegenseite angewandt wurden, um die auf äußerst wackeligen Füßen stehende Anklage vollends zu Fall zu bringen. Zunächst wurde festgestellt, daß es keiner Vorschriften seitens des Allgem. Arbeitgeberverbandes von Gotha bedarf, wie und auf welche Weise eine Abstimmung in einer Betriebsversammlung vorgenommen wird; dies muß man den Arbeitern schon selbst überlassen. Ferner könne nicht von einer groben Pflichtverletzung oder Drohung die Rede sein, wenn der Betriebsratsvorsitzende seinen ungelassenen sober von der Betriebsleitung umgeworbenen Kollegen Vorhaltungen, und sei es selbst in etwas drastischen Worten, macht. Es wurde darauf hingewiesen, daß man in Arbeitgeberkreisen mit rückfälligen Elementen auch nicht gerade zimperlich umgeht.

Weiter sei eine Pflichtverletzung nicht zu konstatieren, weil der Betriebsratsvorsitzende zu Herrn Weber sagte: „Sie haben mir gar nichts zu verbieten.“ Es stehe doch unwiderprüflich fest, daß Herr Weber dem Betriebsratsvorsitzenden das Betreten eines anderen Arbeitsraumes nicht zu verbieten hat. Der Ausspruch des Betriebsratsvorsitzenden könne nach Lage der Dinge nicht als allgemein betrachtet, sondern nur von dem Gesichtspunkte aus beurteilt werden, daß er nicht willens war, sich seine betriebsfremden Tätigkeiten von Herrn Weber unterbinden zu lassen. Der Beklagte bestritt ja auch, daß er den Ausspruch: „Sie haben mir gar nichts zu verbieten“, nur in diesem Sinne getan hat.

## Die Toten des Weltkrieges.

Die „New Yorker Tribune“ malt folgendes aus: „Stellen wir uns einmal vor, daß die britischen Toten die Straße hinabmarschieren. Im Morgengrauen brechen sie auf, in Reihen zu zwanzig. Bis Sonnenuntergang marschieren sie, und am nächsten Tage ebenso, und am nächsten, nächsten ... zehn Tage lang. Nach elf Tage mehr marschieren die toten Franzosen. Die Russen brauchen das Tageslicht weiterer fünf Wochen. Zweieinhalb Monate würden die Toten der Alliierten brauchen, die Toten der Feinde etwa sechs Wochen. — Vier Monate lang Menschen, die im Kriege getötet wurden, vorbeimarschierend ... immerzu ... in Reihen zu zwanzig.“

Ferner sei es unmöglich, daß der Betriebsratsvorsitzende gegen den § 46 des BGG verstoßen habe, indem er Betriebsversammlungen während der Pausen abgehalten habe. Es bleibe Dr. Hofmann vorbehalten, die Pausen mit in die Arbeitszeit zu rechnen. Ein solches Verfahren sei bisher noch nicht in einem einzigen Betrieb, auch nicht in dem Pfeifferschen, beliebt worden. Erst neuerdings könne festgestellt werden, daß in einer Anzahl von Betrieben vom Betriebsratsvorsitzenden verlangt wird, auch die Betriebsversammlungen, welche während der Pausen abgehalten werden, mit Angabe der Tagesordnung bei der Betriebsleitung anzumelden. Daraus sei zu schließen, daß neuerdings nach einem gewissen Schema „von obenherin“ gearbeitet wird.

Eine besondere Leistung sei es aber, wenn von einer Pflichtverletzung geredet wird, wenn der Betriebsratsvorsitzende einen anderen Arbeitsraum betritt. Es sei nicht nur das Recht, sondern sogar die Pflicht des Betriebsratsvorsitzenden, sich des öfteren mal in sämtlichen Arbeitsräumen zu überzeugen, ob die tariflichen Bestimmungen eingehalten werden, ob in sanitärer Hinsicht alles in Ordnung ist, ob die nötigen Schutzvorrichtungen vorhanden sind und vieles andere mehr.

Zum Schluß stellt der Vertreter des Beklagten noch einmal fest, daß von einer Pflichtverletzung, und noch dazu von einer groben, gar keine Rede sein könne, und auch ein dementsprechender Beweis nicht im geringsten erbracht worden sei. Würde sich das Gericht auf Seite des Klägers stellen, so würde das eine völlige Missverständlichkeit des BGG bedeuten. Er bittet deshalb das Gericht, den Kläger mit seiner Klage abzuweisen.

Nach dem ersten Verhandlungstermin am 20. 5. konnte ein Beschluß noch nicht verkündet werden. Die Verkündung sollte in der darauffolgenden Woche erfolgen. Inzwischen hatten aber die Klageparteien beschlossen, daß sie einen Einspruch einlegen würden, und hatten deshalb noch die Vernehmung einiger Zeugen beantragt, um die Situation zu retten. Daraufhin nahm der Beklagte auch noch einige Zeugen für sich in Anspruch.

Am 26. 5. fand der zweite Termin mit der Vernehmung der Zeugen und einer nochmaligen sich im gleichen Rahmen bewegenden öffentlichen Aussprache statt. Es wurde dann folgender Beschluß verkündet:

6. Schl. 75. 24. Verkündet am 24. Juni 1924.

gez.: Martin, Gerichtsschreiber.

### Beschluß.

Antragsteller: Firma Fritsch Pfeiffer, Gotha.  
Antraggegner: Der Betriebsratsvorsitzende, Porzellanarbeiter Conrad Amling.

Das Gewerbegericht der Stadt Gotha hat auf die mündliche Verhandlung am 24. Juni 1924, woran teilgenommen haben: Ratssassessor Kraus als Vorsitzender, Fabrikant Simson, Tischler Heller als Beisitzer, für Recht erkannt:

Der Antrag der Antragstellerin, das Erlöschen der Mitgliedschaft des Betriebsratsmitgliedes Conrad Amling zu beschließen, wird abgelehnt.

### Tatbestand und Gründe.

Der Antraggegner ist bei der Antragstellerin Betriebsratsvorsitzender. In dieser Eigenschaft soll er in gröblicher Weise die Pflichten eines Betriebsratsmitgliedes verletzt haben, so daß seine Amtsenthebung geboten erscheint. (§ 39, Abs. 2 des BGG.) Der Antraggegner habe, so behauptet die Antrag-

stellerin, die Belegschaft entgegen dem von einem Teil der Belegschaft gefassten Beschluß verleitet, am 1. Mai die Arbeit nicht aufzunehmen; weiter wirft sie ihm vor, daß er sich schwere Angehörlichkeiten gegen den Mitinhaber habe zuschulden kommen lassen, indem er ihm unter anderem erklärt habe, er habe ihm nichts zu sagen; ferner habe er, so behauptet sie weiter, Betriebsversammlungen während der Arbeitszeit ohne Zustimmung des Arbeitgebers abgehalten und sei wiederholt, trotz gegenteiliger Belehrung, im Betrieb umhergegangen, um betriebsfremde Tätigkeiten auszuüben.

Die Antragstellerin beantragt, das Erlöschen der Mitgliedschaft des Betriebsratsvorsitzenden Conrad Amling zu beschließen.

Der Antraggegner beantragt Abweisung der Klage. Um ein einwandfreies Bild zu erhalten, sind als Zeugen über die einzelnen Vorgänge vernommen worden: Otto Schramm, Bruno Kirchner, Hermann Müller und Otto Müller. Auf die Aussagen im Protokoll vom 24. Juni wird im einzelnen verwiesen. Das Ergebnis der Beweisaufnahme in Verbindung mit den Angaben der Parteien brachte folgenden Tatbestand:

Einige Tage vor dem 1. Mai wurde in der Frühstückspause eine Betriebsversammlung ohne Zustimmung des Arbeitgebers abgehalten. Die Zustimmung hält der Antraggegner nicht für erforderlich, da seiner Ansicht nach die Pausen nicht mit zur Arbeitszeit rechnen. In dieser Betriebsversammlung wurde, nachdem einige andere, hier nicht interessierende Punkte erledigt waren, aus der Belegschaft heraus gefragt, ob am 1. Mai gearbeitet werden solle oder nicht. Der Antraggegner teilte den Beschluß des Gewerkschaftsrates, nicht arbeiten zu lassen, mit, stellte aber der Belegschaft ab, durch Abstimmung ihren Willen zum Ausdruck zu bringen. In der hierauf folgenden Abstimmung per Affirmation wurde gegen zwei Stimmen beschlossen, nicht zu arbeiten. Einige Tage später erfuhr der Antraggegner, daß in der Belegschaft Stimmen für die Aufnahme der Arbeit laut geworden seien. Er ging in die Brennerei und sprach dort mit Kirchner und Oberbrenner Hubloff. Hubloff erklärte ihm, der Geschäftsbetrieb erfordere, daß am 1. Mai gearbeitet würde. Zu Kirchner sagte der Antraggegner: „Es ist eine Hausvorfahrt; erst wird beschlossen, nicht zu arbeiten, und dann wird hinterherum der Beschluß links gemacht; man sollte auch mit einem Knüttel zwischen die Hörner schlagen.“ Der Antraggegner begab sich hierauf nach seinem Arbeitsraum, wo ihn kurze Zeit danach der Mitinhaber Weber an sprach. Weber verbot ihm, während der Arbeitszeit in den Betriebsräumen umherzulaufen und Agitation zu machen. Der Antraggegner erwiderte u. a.: „Ich lasse mir das nicht verbieten, ich treibe keine Agitation; Sie haben mir nichts zu sagen.“ Weber erwiderte hierauf: „Ich schmeiße Sie raus.“

Der Antraggegner erklärte noch: Eine Beleidigung des Mitinhabers Weber habe ihm ferngelegen. Mit den Worten: „Sie haben mir nichts zu sagen, habe er nur zum Ausdruck bringen wollen, daß er sich durch Weber die Ausübung der betriebsfremden Tätigkeiten nicht verbieten lasse.

Das Gericht ist der Ueberzeugung, daß der vorstehende Tatbestand nicht ausreicht, um die Amtsenthebung des Antraggegners zu rechtfertigen. In der Zulassung zur Abstimmung über den 1. Mai liegt keine, jedenfalls keine gröbliche Pflichtverletzung, ebensowenig in der Vernehmung Kirchner gegenüber in der Brennerei. Als Betriebsratsvorsitzender hatte er ein Interesse daran, zu erfahren, warum der einmal gefasste Beschluß nicht durchgeführt werden sollte. Wenn er nun seinem Bildungsgrad entsprechend derbe Worte dafür findet, daß ihm von einem Teil der Belegschaft in den Rücken gefallen wird, so ist das verständlich. Von einer Verleitung oder Aufhebung zum Feiern kann aber keine Rede sein.

Es kann dahingestellt bleiben, ob zur Abhaltung der Betriebsversammlung während der Frühstückspause die Zustimmung des Arbeitgebers erforderlich war; war sie erforderlich, so liegt in dem Nichterhalten der Zustimmung ebenfalls keine gröbliche Pflichtverletzung.

Dem Vorfall mit Inhaber Weber mißt das Gericht nicht die Bedeutung bei, wie die Antragstellerin. Die Worte: „Sie haben mir nichts zu sagen“, sind nur aus dem Gesichtspunkt zu bewerten, daß sich der Antraggegner in seiner gefassten, betriebsfremden Tätigkeit durch die Vorhaltung Webers beschränkt sah. Eine andere Deutung lassen die Worte im Zusammenhang mit dem Vorhergegangenen nicht zu. Wäre eine andere Beurteilung möglich, dann hätte die Antragstellerin zweifellos von dem Recht der fruchtlosen Entlassung Gebrauch gemacht.

Die Befugnis des Betriebsratsvorsitzenden, andere Betriebsräume aufzusuchen, um sich von der Innehaltung gesetzlicher Vorschriften, sanitärer, gewerbepolizeilicher Art usw. zu überzeugen, ist durch das Betriebsratsgesetz gewährleistet. Agitationische Zwecke und Ziele dürfen allerdings dabei nicht verfolgt werden. Dagegen, daß sich der Antraggegner in dieser Richtung betätigt hat, fehlt jeder Anhaltspunkt.

Somit reichen die dem Antraggegner zur Last gelegten Fälle, auch in ihrer Gesamtheit betrachtet, nicht aus, um den Antrag der Antragstellerin zu rechtfertigen; eine gröbliche Pflichtverletzung konnte nicht festgestellt werden. Der Antrag war daher abzulehnen.

gez.: P. u. h.

Ausgefertigt: Gotha, den 25. Juni 1924.

Die Firma hat, wie gar nicht anders zu erwarten war, mit ihrer Klage ein Risiko erlitten. Das schlimmste aber an der ganzen Sache ist, daß es ein Kollege war, der durch Denunzierung des Betriebsratsvorsitzenden den Anlaß zur Klage gab. Solchen „Nachkollegen“ sollte seitens der Kollegenchaft die gebührende Behandlung und Beachtung zuteil werden. Aber auch den Kollegen und Kolleginnen anderer Betriebe, wo man wegen allzu großer Rücksichtlosigkeit gar keinen Betriebsrat mehr an die Beine bringt, sollte diese Klage Anlaß zum Nachdenken geben. Und wenn seitens eines Teiles der Arbeiterschaft noch mehr auf die Unzulänglichkeit des BGG geschimpft und kritisiert wird, so dürften doch die Anstrengungen der Unternehmern die Betriebsräte auszuhalten, zur Genüge beweisen, daß das BGG außerordentlich wichtige Vorteile für die Arbeiterschaft in sich birgt. Da sollte man nun erblich mal soviel Verstand aufbringen, daß man diese Rechte nicht freiwillig aus der Hand gibt.

R. S.

## Sterbetafel.

Der das wöchentliche Anwachsen der „Sterbetafel“ im Verbandsorgan beachtet, wird mit ersten, nachdenklichen Gedanken erfüllt werden. All die Auswirkungen des Weltkrieges mit seiner direkten und indirekten Unterhöhlung der Gesundheit, mit der Zerrüttung der Nerven, der jahrelangen Unterernährung, wodurch jung und alt, Kinder wie Greise, Kriegsbeteiligte und Nichtkriegsbeteiligte, Männer wie Frauen im Jahre dem Lebensende früher näher gebracht worden sind, kommen darin mit zum Ausdruck.

Eine weitere Ursache in dem Anwachsen der Sterbetafel ist sowohl in der Produktionsart wie auch in dem Lohnsystem der feineren Industrie zu erblicken.

Der überwiegende Teil der Beschäftigten untersteht dem **Strohsystem**. Das ist eine Arbeitsart, die durch hartes, unangenehmes Anstrengen der geistigen wie körperlichen Kräfte, vielfach bis zur Ueberanstrengung, einen frühzeitigeren Verbrauch, demgemäß einen früheren Tod vieler unerfahrener Arbeitskräfte zur Folge hat.

Schon in der Vorkriegszeit haben die organisierten Berufsangehörigen unangenehm und mit Mühseligkeit, unter teilweise erschwerlichen Opfern, für die Beachtung und den Ausbau der Schutzvorschriften für die Industrie, sowie für die Heraushebung

der mitunter beispiellos niedrigen Löhne und Verdienstmöglichkeiten gefämpft. Neben dem Widerstand der Unternehmer und seiner höheren Behörden war noch die Ineffektivität des Gros der Arbeiterkassen ein großes Hemmnis für die angestrebte "Menschwerdung" innerhalb der Fabriken, durch die Organisierung.

Unbestreitbar ist in den Nachkriegsjahren auf zentraler Grundfläche erfolgreicher gegen die Schwerezeiten der Zeitverhältnisse wie auch gegen den Widerstand der inzwischen organisierten Unternehmer durch den Verband gekämpft worden. Aber nicht alle sind auch in Zukunft noch dieselben Gemüter und Widerwärtigkeiten zu überwinden, um allen Beschäftigten in der Industrie, die zur Erhaltung der geistigen Spannkraft und der körperlichen Gesundheit notwendige Lohnhöhe und genügenden Schutz zu sichern.

Manche Lücke in der Bewertung der Arbeitskraft und der Arbeitsleistung muß noch geschlossen werden. Den Vorschriften der Töpsereigenenschaft, den gewerbepolizeilichen Bestimmungen, der Gewerbehygiene und dem Sanitätswesen muß innerhalb der Betriebe von der Gesamtsolidarität wie von den Betriebsräten volle Aufmerksamkeit geschenkt werden. Gesundheitsförderung der wertvollsten Bevölkerung bedeutet Erhaltung gemeinnützigen Kapitals. In diesem Sinne haben vor allem die Betriebsräte ihre Aufgabe gemäß dem § 66 des BtVG zu erfüllen. Unter "hohen Stand und möglichste Wirtschaftlichkeit der Betriebe" fällt mit die Gesunderhaltung der verfügbaren Arbeitskräfte.

Man wolle deshalb, weil es sich um das kostbarste Gut der Arbeiterschaft handelt, Aufklärung und Belehrung über die gesundheitlichen Gefahren der Industrie allen Beschäftigten zuteil werden lassen. Am dienlichsten dürfte diese Aufgabe innerhalb des Betriebes von einem brandgefährlichen Sanitär erfüllt werden, der ohne weiteres auch Verständnis für soziale und gewerbliche Hygiene besitzt, der beurteilen kann, was auf Grund der gesetzlichen Vorschriften bei der Eigenart und der Größe des Betriebes zur ersten Hilfeleistung, auch bei Unfällen, vorhanden sein muß, der mit Sachkunde den gesundheitlichen Schäden, den Erkrankungen durch schlechte Arbeitsverhältnisse (unwiderstandsfähige Arbeitsräume) und den eigentlich spezifischen Berufserkrankungen nachgehen kann.

Ueberräumige Höhe und abnorme Bildung von scharfkantigen Staub gefahren in den geschlossenen Räumen der Fabriken außerordentlich die Gesundheit der Beschäftigten. Zur Zulassung von frischer, sauerstoffreicher Luft durch zweckentsprechende Ventilation (nicht Zugluft) in die überhöhten Räume, für schnelle, mehrmalige Reinigung, nicht nur der Fußböden, auch der Arbeitsplätze und Regale nach Beendigung der Arbeitszeit ist Sorge zu tragen. Wenn in den teilweise veralteten Betrieben keine heizbaren Aufenthaltsräume für das Einnehmen der mitgebrachten Speisen vorhanden sind, sind solche zu fordern, ebenfalls verschließbare, nach dem Geschlechte getrennte Garderoben.

Für genügende Waschräume und Badegelegenheit ist einzutreten. Besonders wichtig ist das Stellen auswechselbarer Berufskleidung für die Drecherei, Vieherei und vor allem für die Glasurabteilung. Wenn auch auf Grund des technischen Fortschrittes Bleiglasuren in der Steinzeugindustrie zurückgedrängt worden sind, so besteht doch immerhin in den Fabriken, die feinstkörnige Glasuren verarbeiten (Bleiglasur), noch eine große Gefahr der Bleivergiftung mit den schädlichen Folgen teilweise, ja sogar vollständiger Erblindung. Größte Sauberkeit vor Einnahme der Speisen im besonderen Räume und Getrennthalten der Berufskleidung mit dem Straßenkleid ist vor allem den Beschäftigten in den Glasurabteilungen anzuraten.

Da es unmöglich ist, innerhalb eines Auftrages erschöpfend auf alle das aufmerksam zu machen, was in Bezug auf Gewerbehygiene erstens einmal vom Unternehmer gemäß den Bestimmungen zu fordern ist, und zweitens inwieweit die Belehrung der Beschäftigten sowohl im Interesse ihrer selbst wie ihrer Familie und der Gesundheit zu erfolgen hat, so soll durch Vorstehendes das Interesse aller Berufsangehörigen auf die Wichtigkeit der Gefahrenabwehr durch Schutzmaßnahmen gelenkt werden.

Die Nachprüfung der zweiten Ursache für den früheren Verfall der Arbeitskräfte ergibt, daß die Mehrzahl der Betriebe in der feineren Industrie nur auf der starken Ausnutzung der menschlichen Arbeitskräfte beruhen. Die wenigsten Betriebe besitzen zur günstigen Ausnutzung der vorhandenen Arbeitsmittel und des Arbeitsmaterials Einrichtungen, die durch ihre technische Vollkommenheit eine wirtschaftliche, zweckmäßige, also mit Arbeitskräften sparende Betriebsform darstellen. Bei der teilweise noch handwerklichen Produktionsart und dem umfangreichen Aufbau vieler alter Betriebe wird einfach durch die Akkordarbeit das Fehlen technischer Hilfsmittel ersetzt. Ein solches System, das weder ausreichenden Grundlohn und Verdienste, noch Aspannungs- und Erhaltungswerte in Rechnung stellt, muß den frühzeitigen Kräfteverfall zur Folge haben.

Das Anschwellen der Krankheitsziffer, das Wachsen der Invalidenzahl, der Pflegebedürftigen und der Arbeitslosen ist die häufige Begleiterscheinung der körperlichen Leistungsüberforderung.

Daß diese Arbeitsmethode mit einer sachmässigen oder gar wissenschaftlichen nicht das geringste zu tun hat, ist jedem Laien verständlich; selbst Taylor steht in seinem System neben der Anwendung aller technischer Hilfsmittel und seiner Normierung der menschlichen Arbeitsleistung bis zum Bruchteil der Minute herunter, wodurch der Mensch zu einem Teil der Maschine wird, einen Ausgleich für die gesteigerte Belastung durch höhere Löhne und Verdienste vor. Der höhere Verdienst soll zur Wiederherstellung der beim Arbeitsprozess benötigten geistigen Spannkraft und der körperlichen Frische außerhalb der Arbeitsstätte dienen. Einen solchen notwendigen Ausgleich suchen wir bei der Mehrzahl der Akkordbeschäftigten vergebens. Die im Akkord Beschäftigten der feineren Industrie Deutschlands besitzen nicht die Möglichkeit sich ausreichende fetthaltige und vollwertige Nahrungsmittel verschaffen zu können. Sie sind gezwungen, zum übergroßen Teil minderwertige Nahrungsmittel in freudlosen, oft viel zu kleinen, unzureichenden Wohnungen zu sich zu nehmen. Der Akkordverdienst ermöglicht bei vielen nicht den notwendigen Ersatz für verbrauchte Unter- und Leberkleidung. Von geistiger Erfrischung und ethischer Erbauung kann nur in den allerwenigsten Fällen gesprochen werden. Mit einem matten, unterernährten Körper müssen sie an die Arbeitsstätte zurückkehren, was Anfechtung von Krankheiten und vorzeitiges Altern nach sich ziehen muß.

Jeder Einsichtige ist sich bewußt, daß gegen den in der Produktionsart und dem gekennzeichneten Lohnsystem liegenden Raubbau der Gesundheit Front gemacht werden muß. Bedauerlicherweise haben aber bei weitem noch nicht alle Wertigkeiten, die unter solchen Verhältnissen stehen, die Notwendigkeit der Gesundheitsbewahrung erkannt. Auch innerhalb der organisierten Porzellanarbeiterkassen beginnt man noch der Auffassung, daß einestheils übermenschliche Arbeitsleistung und anderenteils verlangte Arbeitszeit die Mittel des geistlichen und gesundheitlichen Ausgleiches sein sollen. Diese verkehrte Einstellung hat mit dazu beigetragen, daß der Kampf der Organisation gegen die Auswüchse und Schädlichkeiten des Akkordsystems außerordentlich erschwert worden ist, was sie doch geeignet, bei dem Charakter der teilweise "Freiwilligkeit" die Schwierigkeiten zu vergrößern und zu vertiefen. Mit allem Nachdruck müssen deswegen auch in Zukunft alle Beruflichen gegen persönliche Einmischungen, die Nachteile für die Allgemeinheit nach sich ziehen können, ihre Stimme erheben.

Die tarifliche Festlegung, daß für die Höhe des Stückpreises die "Durchschnittsleistung" maßgebend sein muß, ist geeignet, dem Lohnsystem eine gesündere Grundlage für die Verdienstmöglichkeiten und der Bewertung der Arbeitsleistung zu geben. Die leider noch anzutreffende Rücksichtslosigkeit auf die Allge-

## Vierter Lehrgang der Akademie der Arbeit zu Frankfurt a. M.

Vom 1. Oktober 1924 bis 30. Juni 1925.

Die Lehrgänge der Akademie der Arbeit werden in Zukunft am 1. Oktober beginnen und bis zum 30. Juni des darauffolgenden Jahres dauern, während sie sich bisher vom 1. Mai bis 15. Februar erstreckten. Diese Aenderung wurde wünschenswert, weil so die Sommermonate vom Studium freibleiben, für die wegen der Universtitätsferien — schwer Dozenten für Vorlesungen zu haben waren und in denen auch die Hitze der geistigen Arbeit nicht günstig war.

In die Lücke zwischen dem dritten Lehrgang, der Februar 1924 zu Ende ging, und dem vierten Lehrgang wurde vom 1. April bis 30. Juni d. J. ein Sozialwissenschaftlicher Zwischenkurs, der abends von 6 1/2 bis 9 1/2 Uhr in den Räumen der Universität stattfand, eingeschoben. Er war für Hörer aus Frankfurt a. M. und den Nachbarstädten bestimmt, die neben ihrer Berufsarbeit sich über die wichtigsten Fragen der Wirtschaft, des Staates und des Rechts orientieren wollten. Neben den allgemeinen Vorlesungen, an denen alle Besucher des Kurses teilnahmen, gab es Sondervorlesungen für Arbeiter und Privatangestellte auf der einen, für Beamte und Behördenangestellte auf der anderen Seite. Der sehr starke Besuch des Kurses (154 Hörer, darunter 50 Arbeiter, 28 Privatangestellte, 74 Beamte und behördliche Angestellte) und die bemerkenswerte Ausdauer der Hörer haben gezeigt, welche ein starkes Bedürfnis nach solchen Veranstaltungen besteht. Die Akademie wird deshalb versuchen, auch in Zukunft, soweit es ohne Schädigung ihrer Hauptaufgabe möglich ist, Abendkurse für besondere Berufsgruppen einzurichten.

Der vierte ordentliche Lehrgang der Akademie der Arbeit beginnt am 1. Oktober 1924 und soll bis zum 30. Juni 1925 dauern. Für Unterkunft und Verpflegung muß jeder Hörer selber sorgen. Bei der Wohnungsbeschaffung sind die Frankfurter Ortsgruppen der einzelnen Gewerkschaften und Verbände für Angehörige von freien Gewerkschaften auch das Frankfurter Ortsbüro beizuziehen. Ein preiswerter Mittag- und Abendbrot steht den Hörern im Erfrischungssaal der Universität zur Verfügung. Anmeldungen sind möglichst in der Zeit vom 15. bis 30. August an die Kanzlei der Akademie der Arbeit zu richten (Frankfurt a. M., Universität, Mertensstr. 17). Solche Hörer, die nicht von einem Verband oder einer Behörde zur Akademie entsandt werden, müssen einen Antrag auf Zulassung zum Lehrgang unter Vorlegung eines Lebenslaufes und möglichst auch von Empfehlungen an das Dozentenkollegium der Akademie zu richten.

### Lehrplan des vierten Lehrgangs.

**I. Allgemeine und Einführungs-vorlesungen:**  
Einführung in die Studienaufgaben der Akademie. — Die Ordnungen des Volkslebens: Wirtschaft, Gesellschaft, Staat (Arbeitsgemeinschaften). — Weltgeschichte im Grundriß. — Geistesgeschichte der Neuzeit.

**II. Wirtschaft:**  
Volkswirtschaftslehre im Umriß. — Wirtschaftsgeographie. — Betriebswirtschaftslehre. — Soziale Betriebslehre. — Finanzpolitik. — Industriebetriebslehre. — Landwirtschaft. — Gewerbe- und Handelspolitik. — Lohnpolitik. — Kartelle und Trusts. — Statistik. — Psychologie. — Volks- und Gewerbehygiene (mit Führungen). — Bank und Börse. — Valutafragen. — Wirtschaftliche Tagesfragen. — Einführung in die theoretische Nationalökonomie (mit volkswirtschaftlichen Übungen). — Geschichte der ökonomischen Lehrentwicklungen. — Heimarbeit. — Aufbau und Probleme der modernen Handels- und Industrieländer.

**III. Recht:**  
Grundbegriffe des Privatrechts und des öffentlichen Rechts. — Recht der Erwerbsgesellschaften. — Strafrecht und Kriminalpolitik. — Staatsrecht. — Arbeitsrecht. — Schlichtungswesen und Arbeitsprozessrecht.

**IV. Politik:**  
Allgemeine Staats- und Rechtslehre. — Seminar über politische Tagesfragen (fakultativ). — Reichsverfassung (unter Berücksichtigung der übrigen Verfassungsformen der Gegenwart). — Kommunalpolitik.

**V. Soziologie und Sozialpolitik:**  
Allgemeine Gesellschaftslehre. — Die Gesellschaftslehre von Karl Marx. — Seminar über das soziale Arbeiterprogramm (fakultativ). — Grundzüge der Sozialpolitik. — Die deutsche und die internationale Gewerkschaftsbewegung bis zur Gegenwart. — Gewerkschaftspolitik. — Seminar über Gewerkschaftspolitik (Vorträge von H. Brauer: "Die Krise der Gewerkschaften" und anderen Schriften) (fakultativ). — Aufbau und Politik der Arbeiterverbände. — Sozialismus und soziale Frage. — Übungen zu der Vorlesung "Sozialismus und soziale Frage" unter besonderer Berücksichtigung der Schriften des englischen Sozialisten (Cole: "Selbstverwaltung in der Industrie") (fakultativ). — Seminar über die Probleme von Staat und Gesellschaft (im Anschluß an Lorenz von Stein: "Geschichte der sozialen Bewegung in Frankreich seit 1789") (fakultativ). — Christliche Soziallehren. — Städtische Wohlfahrtspflege.

Wenn Beamte in genügender Zahl an dem Lehrgang teilnehmen, werden außerdem noch besondere Vorlesungen für Beamte und Behördenangestellte abgehalten. Es sind vorläufig in Aussicht genommen Vorlesungen über:  
Verwaltungsrecht. — Beamtenrecht. — Geschichte des Beamtenrechts. — Geschichte der Beamtenbewegung. — Je nach der Zusammenziehung der teilnehmenden Beamten und Angehörigen treten weitere Spezialvorlesungen hinzu.

meinheit hat es mit zuzugebracht, daß diese tarifliche, rechtliche Festlegung vielfach nicht beachtet wird.

An Stelle der Durchschnittsleistungen werden "Höchstleistungen" der Errechnung des Stückpreises zugrunde gelegt, um geldlichen wie gesundheitlichen Nachteile Tausender Durchschnittsakkordarbeiter und -arbeiterinnen.

Wie allen Kräfte muß an der Durchsetzung der tariflichen Grundzüge in den Betrieben gearbeitet werden. Alle Berufsangehörigen müssen bestrebt sein, vernünftige Grundlagen für die Verdienstmöglichkeit und die Art der Herstellung der Erzeugnisse innerhalb der kapitalistischen Produktionsweise, die auf Mehrarbeit und Profit durch Dritte abgestellt ist, herbeizuführen zu helfen.

Die rechtlichen Bestimmungen des Tarifes unterbinden bei ergebnismässiger Anwendung die schädlichen Auswüchse des Akkordsystems, geben unbefristet die Gewähr, eine Verdienstgrundlage zu schaffen, die geeignet ist, in vielen Fällen gesundheitliche Schäden durch Ueberanstrengung vermeidbar zu machen. Sie sind ferner geeignet, in Verbindung mit einer "größerer Bewertung der eigenen Arbeitskraft" die eingangs erwähnten zerstörenden Nachwirkungen des Kriegswahnsinns und die sich aus der Eigenart der Industrie ergebenden Gefahren der Gesundheit herabzumindern.

Da alle Rechtsfragen "Machtfragen" sind, hat auch die Frage der Gesunderhaltung bei der Arbeit die Einseitigkeit, das Vertrauen und die verhältnismässige Einstellung zum Verbands aller Berufsangehörigen zur Voraussetzung. Nur durch die Verbindung der Berufs- und Massenangehörigen wird der einzelne Wille zur machtvollen Energie, die sich in Rechnung zu stellenen Faktor, den die Gegenseite Schutzmaßnahmen zur Gefahrenberabminderung und vernünftige Gestaltung der Produktions- und Entlohnungsmethode im Interesse der Betriebe und der Volkswirtschaft nicht dauernd verjagen kann. G. r.

## Ein Gewaltakt im Kleinen.

Um eine Regelmässigkeit in die Lohn- und Arbeitsbedingungen zu bringen, haben Unternehmer und Arbeiter als Organisations ihre gegenseitigen Abmachungen in Verträgen verankert, die für die Angehörigen nach der beiderseitigen Anerkennung der Spitzen und nach der staatlichen Erklärung verbindlich werden. Also beide am Vertrag beteiligten Parteien haben sich getroffenen Abmachungen untergeordnet.

Man sollte nun meinen, daß auch für die Unternehmer gelten müßte, was im § 50 unseres Reichsstaatsvertrages steht. Dort heißt es:

"Wegen Eintretens für die Erfüllung des Vertrages darf kein Arbeitnehmer benachteiligt oder entlassen werden, desgleichen nicht wegen seiner Tätigkeit als Mitglied des Arbeiterrats oder einer Preiskommission."

In Triptis mußten nun die Mitglieder der Bahnstellenverwaltung, die für die Erfüllung des Vertrages eintreten und als Mitglieder des Arbeiterrats und der Preiskommission für die Interessen der Belegschaft tätig waren, dafür büßen. Es wurde extra eine Betriebsstilllegung zu diesem Zwecke inszeniert, um die Funktionäre der Belegschaft und der Organisation auf die Strahe werfen zu können. Selbstverständlich wurde diese Maßnahme mit anderen Gründen umschrieben. Als die Verhaftung der Belegschaftsvertreter erfolgt war, wurde nach und nach der Betrieb wieder aufgenommen, natürlich ohne die Mißliebigen. Viele waren sich jedoch keiner Schuld bewußt, da ihre pflichtgemässe Tätigkeit nach dem Wortlaut des § 55 ja geschützt war und ersuchen um Wiedereinstellung. Es war jedoch vergebens. Einer von den Funktionären erhält auf sein Gesuch folgenden Bescheid:

Triptis, den . . . . .  
Herrn W. Z.

Ich besitze Ihre Rundschreiben vom 12. Mai und erwidere Ihnen, daß ich über die Maßnahmen des Herrn Proturist Bauer, dem die Einstellung von Arbeitern übertragen ist, vollkommen orientiert und natürlich mit demselben einverstanden bin. Die Leitung unserer Firma ist sich vollkommen klar darüber, daß es im Interesse der gedeihlichen Entwicklung unseres Unternehmens liegt, wenn wir diejenigen Persönlichkeiten nicht wieder einstellen, die sich als Führer der Arbeiterschaft nicht bewährt und die ihnen obliegenden Pflichten nicht erfüllt haben.

Dies trifft auch auf Sie zu, und infolgedessen kann eine persönliche Unterredung keinen anderen Erfolg haben.

Achtungsvoll  
Triptis, K.-G. Grottschel.

In dem Schreiben fällt auf, daß sich der Firmenvertreter, Direktor Grottschel, das Recht herausnimmt, die Draußengebliebenen als Führer der Arbeiterschaft zu qualifizieren. Er stellt ihnen die Note aus, sie hätten sich nicht bewährt und ihre obliegenden Pflichten nicht erfüllt. Was hätten wohl die Führer tun müssen, wenn sie ein Lob von dem Zensor hätten bekommen wollen? Wir sind der selbstbestimmten Heberzeugung, daß ihre Tätigkeit dann weber der Arbeiterschaft gedient hätte, noch mit ihrer Pflicht als Arbeiter zu vereinbaren gewesen wäre.

Wesentlich läßt sich Herr Direktor Grottschel, Triptis, einmal herbei, seine Vorschriften bekannt zu geben, aus denen zu ersehen ist, wie sich nach seiner Anschauung Persönlichkeiten verhalten müssen, wenn sie sich als Führer der Arbeiterschaft bewähren und ihre obliegenden Pflichten erfüllen sollen.

Aus scheint, Herr Grottschel ist von der Triptiser Arbeiterschaft viel zu anständig behandelt worden, als sie seinerzeit ihre Macht gegen die seine von früher her eintauschte. Daß der Einfluß und die Stärke der Arbeiterschaft im allgemeinen wieder zunimmt, daran müssen auch die Triptiser Porzellanier wieder mithelfen; denn es hat den Anschein, ihrem Direktor macht seine Allmacht wieder beschwerbar.

## Kampfhaftes kommunistische Wiederbelebungsversuche.

Was uns aus einigen kommunistischen Zellen übereinstimmend über Wiederbelebungsversuche der kommunistischen Bewegung unseres Verbandes zugegangen ist, wollen wir unseren Mitgliedern nicht vorenthalten, damit sie alle erfahren, was die von der kommunistischen Zentrale Beauftragten für Tätigkeit entfallen lassen.

Den Anstoß der Neubildung sollte eine Konferenz geben, die am 22. Juni in Arnstadt abgehalten wurde. Leiter derselben war der Glasarbeiter Hochinski, Jena als Vertreter der kommunistischen Partei Großhüttingens, Abteilung Gewerkschaften, Gruppe Porzellanarbeiter, die auch die Konferenz einberufen hatte. Als Vertreter der kommunistischen Partei Deutschlands, Sektion der kommunistischen Internationale, Abteilung Gewerkschaften, war Ferdinand Schlater-Berlin anwesend, der durch Vorstandsbeschluss aus unserem Verband bereits ausgeschlossen war. Auch der aus dem Verband ausgeschlossene Fress-Sch nahm daran teil.

Ueber den schwachen Besuch der Konferenz wurde lebhaft geklagt; statt der hundert Erwarteten waren, mit Einschluß der Benannten, 1/4 Duzend gekommen.

Ueber die allgemeine Lage im Porzellanarbeiterverband sprach der mit unseren Verbandsangelegenheiten gar nicht vertraute Vertreter der KPD Großhüttingens der Glasarbeiter Hochinski, der die Anweisung gab, zukünftig die kommunistischen Angelegenheiten in den Gewerkschaftsverfammlungen zu erledigen; deshalb (!) müßten die Kommunisten in den Gewerkschaften bleiben und auch die Beiträge bezahlen. Als Rezept gab er den Anwesenden mit: Gegen die allgemeine Verelendung der Massen hilft nichts weiter als die KPD. (Diese Auffassung ist wahrlich einleuchtend auch der Anlag, die Arbeiterschaft vom Kampf mit dem Unternehmertum durch den Teufelskreis "KPD" abzulenken. Es wird im Gegenzug zu der Auffassung des Referenten bezweifelt, daß dieses angedrohte Mittel den Arbeitern helfen kann, es kann ihnen höchstens zu unliebamen Dingen verhelfen. D. M.)

Von Schlater und Fress wurde Bericht über den Ausschluß Schlater und der Kollegen von Fress gegeben. Natürlich stellten beide ihren Ausschluß als ein an ihnen begangenes Unrecht hin. Zu weiteren gab Schlater eine Darstellung der Vorgänge in den Berliner Häufchenversammlungen und auch aus den Sitzungen des Vorstandes und Beirates. Er habe sich wegen seines Ausschlusses an die Beschwerdefunktion gewendet und habe auch bereits Anhaltspunkte dafür, daß die Beschwerdefunktion seinen Ausschluß rückgängig machen wird.

Von den Vorgängen in Fress berichtet Fress, daß sie von kommunistischer Seite eine neue Porzellanarbeiterorganisation hätten gründen wollen, mit ihm (Fress) als Vorsitzenden und Freina als Kassierer; aber es sei deshalb nichts daraus geworden, weil man in Fress Beiträge überhaupt nicht zahlen wolle, weder in die KPD, noch in den Verband. Der Verbandskassierer werden habe sich bei den Ausschüssen nicht einmischen beizunehmen, deshalb seien er und Freina dafür, daß werden aus der KPD ausgeschlossen werde. (Also für seine politische Wagnisregelung. D. M.) Schlater gab darauf zu erkennen, daß er gegen den Ausschluß Herdens sei, da dieser der kommunistischen Partei schon sehr gute Dienste geleistet habe; er sei höchstens für eine KPD.

In der Diskussion wurde hervorgehoben, daß der Aufbau einer neuen Organisation zu schwierig, vielleicht direkt unmöglich sei. Die Parteiorganisation könne jetzt in die Brüche gehen und dafür müsse man dann an deren Stelle die Gewerkschaften haben. (Die Gewerkschaftsmitglieder ersehen daraus, was die Kommunisten vorhaben. Dagegen werden sich die Gewerkschaften

wehren müssen und zu wehren wissen, das kann heute schon gesagt werden.)

Zum letzten Lohnabkommen betonten die Anwesenden, das man den Mitgliedern im Hinblick auf die Reparationslast usw. nicht zu grobe Hoffnungen machen dürfe. Allgemein wurde diese Auffassung anerkannt. (Zeit wann lehrt denn die Einsicht ein? D. N.)

Im weiteren Verlauf der Verhandlungen plädierten Schlater und noch einer dafür, das baldigst eine Generalversammlung stattfinden möge, damit die unliebsamen Vorgen beseitigt werden könnten (um etwa Kommunisten Platz zu machen? Heilige Einsicht! D. N.)

Daten für die Konferenz gab es nicht, da von Rußland nicht mehr viel Geld komme, es ist deshalb nur für Schlater und Wochinski gelangt. Nur bei zwei weiteren mittellosen Delegierten wurde eine Ausnahme gemacht: für die zwei mußte einer, der gerade über gewisse andere Mittel verfügte, einstweilen auslegen. Diese Gelder sollen dann durch Sammellisten in den Betrieben wieder gedeckt werden.

Es gab auch noch die für die Kommunisten betrübliche Feststellung, das, wenn es nicht besser werde, die bisherige Arbeit der Opposition vergeblich gewesen sei.

Dazu ist zu sagen, das es zu begrüßen wäre, wenn dieser Zeitpunkt recht bald eintreten möchte, damit endlich in unserem Verband wieder sachliche und fruchtbringende Arbeit geleistet werden könnte. Der gesamten Arbeiterbewegung wäre damit der größte Dienst erwiesen. Kein Verbandsmittel darf vor der Tatsache die Augen verblenden, das von der inzentrierten Selbstbekämpfung nur die Weaner Nutzen haben. Wenn die Selbstbekämpfung, wie in der Anstaltler Konferenz, immer wieder neu angefaßt wird, um politische Parteigeschäfte zu machen, dann muß eine Zentralleitung, mag sie eingeschleift sein, wie sie will, gegen die beauftragten Quertreiber vorgehen. Gewerkschafter im richtigen Sinne sind es ja nicht. Die gewerkschaftliche Einstellung dieser Sorte Störenfriede ist recht drastisch durch ein Rundschreiben der Kommunistischen Partei Großhüringens, Abteilung Gewerkschaften, vom 30. Mai beleuchtet. In diesem wurde auf die zum 7. Juni — für den Fall, das die Streiks in Jmenau und Rudolstadt bis dahin nicht beendet waren — angekündigte Aussperrung aller Porzellanarbeiter Thüringens Bezug genommen. Im Rundschreiben wird das Ziel gesetzt, die Leitung des Kampfes dem Verbandsvorstand zu entwinden und in die Hände der SPD Großhüringens, Abteilung Gewerkschaften, zu legen. Sollte der Verband einen Gantag einberufen, dann seien Fraktionsgenossen in Vorschlag zu bringen. Ein Rundschreiben der Arbeiter in Rudolstadt, in welchem die dortigen Geschäftsleute aufgefordert worden waren, für die Streikenden nichts zu geben, müsse gegen die SPD ausgenutzt werden. Der Arbeiterschaft sei klar zu machen, das dieser Kampf morgen schon zu einem politischen Kampf werden könne. Die Arbeiterschaft müsse hören, das die SPD diesen Kampf führe und nur sie hinter dem Streik steht.

Also aus jeder reinen Gewerkschaftsangelegenheit soll eine kommunistische Parteilinie gemacht werden. Das die Gewerkschafter scharf gegen derartige Vermengung Stellung nehmen, ist selbstverständlich. Wer dagegen arbeitet, hat kein Recht, Mitglied unserer Gemeinschaft zu sein. Das gilt vor allem für kommunistische Beauftragte, die unter dem Deckmantel „Oppositionelle“ agieren, in unserem Verband ihre politischen Geschäfte machen zu können.

Wir sind eine Gewerkschaft und erfüllen als solche unsere gewerkschaftlichen Pflichten, bei der die Unterstützung aller Gewerkschaftsmittelglieder als solche notwendig ist. Wer seine politischen Geschäfte erledigen will, soll sich andere Betätigungsbereiche suchen; das haben unsere Kollegen und Kolleginnen besonders in den Rahlstellenversammlungen energisch zu betonen. Leb! Gewerkschaftszucht!

### Von der Keramikindustrie.

#### Stillelegungsmißbrauch.

Eine Anzahl feinkeramischer Betriebe hat in den letzten Monaten die behördliche Stillelegungsanträge beantragt und auch erhalten. Als Gründe gaben die Antragsteller allgemein das gewöhnliche Nicht-mehr-können, Kreditnot, Geldmangel und ähnliches an. Es soll nicht bestritten werden, das bei manchen Betrieben tatsächlich ein finanzieller Schwachzustand vorhanden war, aber bei der überwiegenden Anzahl der größeren Betriebe kann davon keine Rede sein; bei denen gaben andere Gründe den Ausschlag, zu dieser behördlichen Erleichterungsmaßnahme zu greifen.

Sie bezweckten mit der Stillelegung, vor allem die Arbeitenden zu beeinflussen, unter ungünstigeren als den tariflichen Lohn- und Arbeitsbedingungen zu arbeiten und Rechte aufzugeben, den Arbeitgebern also unter dem Druckmittel der Stillelegung Machtpositionen zu überlassen, wie es gegenwärtig in Schlesien unternommen wurde. Diese Stillelegungsmanie ist ein reiner Einschüchterungsversuch ohne jegliche wirtschaftliche Notwendigkeit; denn es lagen Aufträge für Monate vor, gab nicht den Kreditmangel, der angegeben war, und wurden in einzelnen Fällen sogar Arbeiter gesucht. Die Beantragung der Stillelegung war in diesem Fall also ein Manöver zur Heberverteilung der Arbeiter.

Anderenteils ließen sich wieder Unternehmer die Stillelegungsanträge geben, um die Möglichkeit zu erlangen, ihnen unangenehme Arbeiterpositionen zu beseitigen wie es unzweifelhaft in Hermsdorf, Margarethenhütte und schließlich auch in Freiberg der Fall geworden ist. Da Maßregelungen nicht widerspruchslos von der Arbeiterschaft hingenommen worden wären, griff der Konzern zu dem an sich bequemeren und politisch wie rechtlich wirksameren Mittel der Stillelegung. Vierzehn Tage, vom 6. bis 19. Juli, haben die Werke Margarethenhütte und Hermsdorf stillgelegt — wie es beim Schreiben dieser Zeilen in Freiberg stand, war nicht bekannt — dann wurden die Betriebe durch tägliche Einstellungen wieder voll in Gang gesetzt. Der sogenannte Kreditmangel, das sogenannte Fehlen der Aufträge, das sogenannte Nicht-mehr-können des größten Konzerns der feinkeramischen Industrie waren demnach sehr schnell behoben. Über sollten gerade die 14 Tage Stillelegung die reinsten Glücksfälle für Geld- und Auftragsvorgänge gewesen sein? Nein, derartige wirtschaftliche Wunder geschehen nicht. Die ganze Maßnahme war ein Versuch auf Arbeiterrechte, die schon daraus ergibt, das in Hermsdorf und Margarethenhütte nur 2/3 der alten Belegschaft eingestellt werden und eine verächtlichste Arbeitsordnung anerkannt werden muß. Derartige andere Mittel soll hüben und durch Ausschaltung zu gefügigeren Unternehmerräuben gemacht werden. Darin liegt der eigentliche Zweck der Stillelegung.

Die Unternehmer wissen eben, wie sie ihre Forderungen durchzusetzen haben, die ihnen die Arbeiter durch ihre Selbstbekämpfung schafften.

Die Porzellanfabrik J. Edelstein, A.-G., Berlin, mit ihrem Werk in Müßbach das verfloßene Geschäftsjahr mit einem Ueberschuß von 277,968 Billionen Mark ab, die auf neue Rechnung vorgegetragen werden. — Bei der Jürchenberger Porzellanfabrik, Jürchenberg Meier, weist der Geschäftsbericht 1923 ein Betriebsergebnis, einschließlich 2 Millionen Mark Vortrag vom Vorjahr, 137,775 Billionen Mark auf. Nach Abzug der Unkosten beträgt der Reingewinn 121,745 Billionen Mark. — S. Schwanitz & Söhne, A.-G., Margarethenhütte, hatte ein Betriebsergebnis, einschließlich 1,942,217 Mk. Vortrag vom Vorjahr, 2,392,217 Mk. Die Unkosten betragen 2,957,828, Steuern und soziale Lasten 1,794 und Antidotalungskosten 1,511 Millionen Mark. — Der Terra-Porzellanfabrik, A.-G., Bremen, verblieb nach allen Abzügen ein Reingewinn von 1,424,434 Billionen Mark. — Herberichsmerle Kambridge, 2,500 Billionen Mark, die auf neue Rechnung vorgegetragen werden.

### Aus unserem Beruf.

**Tischerentz.** Die Porzellanfabrik Tischerentz, A.-G., mag im „Sprechsaal“ geübte Tellerdreher. Da im Betrieb alle Klagen besetzt sind und nach dieser Zeit zum Tellerdreher ist, wird auf diese Dinge hingewiesen. Wenn etwa die Firma durch Einstellung von Tellerdreher bezwecken sollte, noch Tätige unter irgendwelchen Vorwänden zu entlassen, so werden die Kollegen allerorts ersucht, seine Arbeitsgesuche an die genannte Firma zu richten oder aber Erkundigungen bei der Rahlstellenverwaltung einzuholen.

**Weiden.** In unserer Nummer 29 war eine Berichtigung des Oberexpedienten Grötsch von der Firma Gebr. Bauher, Weiden, erschienen. Wer sich die Mühe gab, die sogenannte Berichtigung aufmerksam zu lesen, wird herausgefunden haben, das sie nur einen Ablehnungsversuch darstellt. Grötsch bestritt darin nicht, das der von uns — sicher auch von ihm — gemeinte Kosten schlechtdeforierter Amerikaporzellan der Druckerei zugewiesen wurde, er bestätigt es sogar, nur will nicht er der Schuldige sein; er will im Auftrage der Direktion gehandelt haben. Ob die Direktion oder Grötsch allein der Schuldige ist, kümmert uns nicht, das ist Sache der Geschäftsverantwortlichen; für uns ist wichtig festzustellen, das bei der Weltfirma Gebr. Bauher so „sachmännliche“ Leitung möglich ist. Wenn es unrichtig sein soll, das kein Stück dieses Porzells nach dem Verlassen der Schmelze zu gebrauchen war, dann ist es sehr wunderbar, woher auf einmal die 5000 Stück schlechtdeforierter, zu Ausschub gewordenen Teller kamen, die im Keller verpackt gefunden wurden. Dann haben wir gar nicht behauptet, das die Maler die von der Druckerei deforierte Ware nochmals deforieren mußten. D nein. Wir haben nur geschrieben, das nach der in der Druckerei festgeschlagenen Dekoration die Maler den Auftrag neu in Arbeit bekamen, damit er einwandfrei deforiert wurde. Nach seiner Meinung hat Gr. die Aufsicht über die Dekorationsabteilung nicht verloren, es sei auch unrichtig, das er seine Arbeit mehr ausgeben dürfe. Warum erledigen nach diesen Vorfällen wohl andere Angestellte die Arbeitsaufgabe und beauftragten die Dekorationsabteilung und die Schmelze? Anscheinend tat dies die Firma, um für weiteres Aufschubpersonal Geld loszuwerden. Wenn es unrichtig ist, wie Gr. in seiner Berichtigung sagt, das er der Fabrik durch fehlerhafte Anordnungen keinen Schaden zugefügt hat, so wollen wir dies nicht bestritten. Schließlich haben wir damit nichts zu tun, das sind Angelegenheiten der Firma. Auf eines glauben wir noch hinweisen zu müssen: Die Berichtigung des Gr. enthält indirekt mehr Vorwürfe für die Direktion als tatsächliche Berichtigung unserer Behauptungen. Wenn es vorkommen kann, das tatsächlich 5000 gute teure Teller erster Bauherqualität durch falsche oder unachgemäße Dekoration infolge Anweisung einer nicht fähigen Stelle zu Ausschub gemacht werden, dann ist das für einen anerkannten Qualitätsbetrieb, wie den genannten, ein Vorkommnis, das alle möglichen Schritte auf die sachmännliche Leitung zuläßt, nur keine logischen. Wenn dagegen Arbeiter Stellung nehmen und die Mängel beleuchten, so handeln sie damit mehr im Interesse des Betriebes, als eine Leitung, die nicht sachmännlich gebildete Angestellte mit Aufgaben betraut, denen sie nicht gewachsen sind.

**Gratulation.** Am 12. August werden es 31 Jahre, das unser Kollege Karl Wötter, Former, dem Porz.-Arb.-Verband angehört. Er ist ein alter Thüringer und hat für unsere Organisation schon vieles geleistet. Wir entbieten ihm auf diesem Wege unsere besten Glückwünsche. Möge er noch recht lange in unserer Mitte weilen!  
Formerpersonal der Kunstabteilung Rosenthal-Selb.

### Versammlungsberichte.

**Limbach.** In der gutbesuchten Rahlstellenversammlung vom 29. Juli wurde folgende Resolution gegen 2 Stimmen angenommen: „Die starkbesuchte Versammlung beschloß sich erneut mit der in der letzten Rahlstellenversammlung eingebrachten Protestresolution wegen der Ausschüsse von Mitgliedern wegen ihres verbandsschädigenden Treibens. Nach ausgiebiger Aufklärung und Aussprache kamen die Versammelten zur Auffassung, das der damaligen Protestresolution jede sachliche Grundanlage fehle und ihre Annahme nur infolge Irreführung möglich war.“

### Die neue Gewerkschaftszeitung.

Das erste Heft der neuen wissenschaftlichen Zeitschrift für die Gewerkschaftsbewegung

#### „Die Arbeit“

(Verlagsgesellschaft des DGB) ist in den letzten Tagen erschienen.

In dem Einführungsaufsatz „Der Weg der Gewerkschaften“ entwickelt der Redakteur der „Arbeit“, Lothar Erdmann, das Programm der neuen Zeitschrift im Zusammenhang mit der Erweiterung des Aufgabentranges der Gewerkschaften. Der Vorliegende des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes, Fritz Tarnow, bespricht die „Wandlungen im Tarifvertragswesen“. Er wendet sich gegen das Ueberwuchern der staatlichen Bureaokratie im Schlichtungswesen und tritt ein für den vollkommenen Ausbau des tarifvertraglichen Schlichtungswesens im Sinn der tarifvertraglichen Selbstverwaltung. Der Altmeister der geschichtlichen Erforschung der Gewerkschaftsbewegung, Professor Lupo Brentano, behandelt „Die deutschen Gewerkschaften nach dem Versailler Friedensdiktat“ und stellt eine Reihe von Forderungen an die Gewerkschaften. Der Herausgeber der Zeitschrift, Theodor Leipart, kennzeichnet „Die Stellung der Gewerkschaften in der internationalen Arbeiterbewegung“ und legt die Beziehungen der Gewerkschaften zu den politischen Arbeiterparteien dar. Der Dozent an der Hochschule für Politik, Karl Mennicke, untersucht „Die Kulturbedeutung des Achttundentages“ und prüft die Frage, auf welchen eigenen Wegen die Arbeiter die innere und äußere Form der Arbeit — nach einer tieferen Anteilnahme an der Produktionsgemeinschaft finden könnten. Der bekannte Vorkämpfer der Gemeinwirtschaft, Dr. Martin Wagner, fordert in einem programmativischen Aufsatz „Gemeinwirtschaftspolitik“ die Schaffung eines wirtschaftlichen Generalrates, der die Partei, die Gewerkschaften und die Genossenschaften zu einer einheitlichen Kampftruppe zusammenfaßt.

Der „Rundschau der Arbeit“, die sich den Aufsätzen anschließt, wird der Versuch unternommen, in zwangloser Folge aus dem weiten Kreis gewerkschaftlicher Probleme wie der für die Zukunft der Gewerkschaftsbewegung bedeutungsvollen wirtschaftlichen, rechtlichen, arbeitswissenschaftlichen und kulturellen Fragen Uebersichten zu geben, die in großer Höhe die Entwicklung der Gewerkschaftsbewegung und aller für ihre Aufgaben wesentlichen Gebiete fortlaufend verfolgen sollen. Der Bezirk der zu behandelnden Fragen ist natürlich ein viel weiterer, als der beschränkte Raum des einzelnen Heftes erkennen läßt.

### Versammlungs-Anzeigen.

Berlin-Charlottenburg, Branchenversammlung der Schildermaler am Dienstag, den 12. August, 5 Uhr, bei Wollschläger, Waberbstr. 21. — Verwaltungssitzung Mittwoch, den 13. August, 7 Uhr, im Bureau, Naumnstr. 35. — Rahlstellenversammlung Mittwoch, den 20. August, 7 Uhr, in der Staatl. Porzell.-Manufaktur, Charlottenburg, Wegelstraße, am Bahnhof „Tiergarten“.

Spanau, Donnerstag, den 14. August 1924, nachmittags 2 Uhr, im Hotel, Fichelsdorferstr. 5; Rahlstellenversammlung.

### Adressenänderungen.

**Diffstein b. Worms** (nicht bei Grünstadt). Vorsitzender: Johannes Gänshirt, Heppenheide; Schriftführer: Adam Graf, Diffstein; Kassierer: Jakob Reuter; Diffstein; Revisoren: Johannes Mehnmann und Johannes von, beide Diffstein. **Bassau.** Kassierer: Franz Bindek (nicht Bindek), Mantel. Bei dieser Gelegenheit werden die Adressenänderungen wieder einmal gebeten, die Namen deutlicher zu schreiben. Wenn sich schon Schriftführer, die im Entziffern von Buchstaben eine anerkannte Fertigkeit haben, nicht mehr zurechtfinden, dann am wenigsten Schreibhilfskräfte im Bureau.

### Quittung.

Für die freireisenden Porzellanarbeiter in Rehan im Sommerzeit nachstehende Beträge ein: Ludwigsburg, Margarethenhütte, Nossen, Eschab je 10,—; Darmstadt 14,—; Burgau, Reben je 15,—; Lettin, Waldsassen je 20,—; Sirlschau, Scheib, Wittenberg je 25,—; Subl 30,—; Eilowig 31,—; Mäbenberg 36,—; Mühlhausen 38,—; Krettal 40,—; Waghütte 46,—; Wallhausen 47,—; Waue 48,—; Eisterwerda 50,—; Wefel 60,—; Rudolstadt 72,—; Berlin 80,—; Naifa, Annaburg je 100,—; Dhrbrau 136,—; Magdeburg, Martredwig je 150,—. **Summa: 1418,— Mk.** Im Namen der Rahlstelle Rehan allen Gebern besten Dank. Ernst Hbl, Kassierer.

### † Sterbetafel †

**Esterwerda.** Gustav Seize, geboren am 5. 12. 1906, gestorben an? Organisiert seit 1920.  
**Jmenau.** Max Kühn, Maler, geboren am 20. 5. 1868, gestorben an den Folgen eines Sturzes vom Rad. Organisiert seit 1918.  
**Rahütte (Menselbach).** Otto Heymann, Rader, geboren am 18. 1. 1887, gestorben an? Organisiert seit 1919.  
Ehre ihrem Andenken!

### Geschäfts-Anzeigen.

Offiziere nach überwind. Inflation wieder prima Benghal Zymoocashwämme, groß und mittel, das Kilo 80.— bis 150.— Goldmark; billige Zymooca, in allen Größen sortiert, das Kilo 24.— G.-Mk., kleine u. mittlere Levantiner, Glasur- u. Garnierungsschwämme, das Kilo 50.— G.-Mk., feinste größere Levantiner, das Kilo 80.— bis 150.— G.-Mk., edle große prima Levantiner, Elefantenhorn, das Kilo 2—300 G.-Mk., faustgroße, weiche prima Mees (auch f. Druckerien geeignet), das Kilo 60.— G.-Mk., Mees od. Hartheadschwämme, sort. Größen, b. Kilo 35.— G.-Mk., Pferdebeschwämme, faust- bis kopfgroß, p. Stk. 1.— b. 5.— G.-Mk. S. Mielhorn, Schwammgroßhandlung, Berlin C. 25, Prenzlauerstr. 43

### Gewerkschafts-Zeitung

Organ des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes

Redakteur: Paul Umbreit

Unterrichtet wöchentlich über die Ergebnisse in der Gewerkschaftsbewegung in Deutschland und im Auslande. Sie ist als Fortsetzung des „Korrespondenzblatt des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes“, die Zeitung der Gewerkschafter und der Sozialpolitiker. Kein Arbeiter oder Angestellter sollte versäumen, neben der Zeitung seines Verbandes umgehend das Abonnement bei seinem Postamt aufzugeben

Prels monatlich 40 Pfennige

Probenummern stehen kostenlos zur Verfügung und sind anzufordern bei der Verlagsgesellschaft des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, Berlin S 14, Inselstraße 6

### Arbeitsmarkt.

#### Maler-Besuch.

Mehrere flotte Maler für figürl. Genre gesucht. Ledige Maler wegen Wohnungsmangel bevorzugt.

Conta & Boehme, Porzellanfabrik Pögned l. Thür.

(144)

Junger Abgießer und Einrichter, der auch in der Herstellung leichter Modelle bewandert ist, sucht für sofort Stellung. Zuschriften werden unter „S. 115“ an die „Ameise“ erbeten.

Porzellan- und Glasmaler, Spezialist in Schrift und Apothekenstandgefäße, Schilber verschiedenster Art, als auch in Deforieren auf Geschirre vertraut, sucht Stellung auf Porzellan-, Glas oder Emaille im In- oder Ausland. Angebote unter „S. 114“ an die „Ameise“ erbeten.

Gesucht werden ledige Maler für Unterglas in Indischblau Geschlitzgießer für Kaffeekannen und Formengießer für Geschirre. Angebote mit näheren Angaben an die Betriebsleitung der Porzellanfabrik Kahla Zweigniederlassung Freiberg Sachsen.

Wir suchen zum sofortigen Eintritt 1—2 tüchtige Schleifer für dauernde Beschäftigung. Wegen Wohnungsmangel Ledige bevorzugt. Porzellanfabrik Kloster Pögned l. Thür. Verbandsmitglieder! Schließt nur Versicherungen ab bei der Volksfürsorge Gewerkschaftl. - Genossenschaftliche Versicherungen - Aktiengesellschaft Hamburg 5.

Herausgegeben vom Verband der Porzellan- und verwandten Arbeiter und Arbeiterinnen. — Red.: Edwin Hennig, Charlottenburg, Waberbstraße, Neubau. — Verlag: Wilhelm Herden, Charlottenburg, Waberbstraße, Neubau. — Druck: C. J. S. a. e. w. s. k. i., Berlin S. 27, Elisabethufer 29/30.